



Beschlussbuch

Juso-Landeskonferenz vom 01. und 02. Juli 2017 in
Mainz

Inhaltsverzeichnis

Arbeitsprogramm	5
<i>A1: Wieder Visionen wagen</i>	<i>5</i>
Europa und Internationales	21
<i>E1: Entwicklungspolitik neu denken.....</i>	<i>21</i>
Feminismus und Gleichstellung.....	41
<i>F3: Förderung von Frauenhäusern.....</i>	<i>41</i>
<i>F4: Erweiterung des Mutterschutzes um Aspekte des Vaterschutzes respektive Partner_innen-Schutz.....</i>	<i>43</i>
Justiz und Innenpolitik.....	46
<i>J3:Antrag zur Durchsetzung des Grundsatzes „Eigentum verpflichtet“</i>	<i>46</i>
<i>J5:Verstaatlichung der Rüstungsproduktion</i>	<i>48</i>
<i>J10: Novellierung Gesetz Parteispenden</i>	<i>51</i>
Mobilität.....	52
<i>M3: Klassenloser Nahverkehr.....</i>	<i>52</i>
<i>M4: Keine Einschränkung der Kostenübernahme des Jahresnetzkarte für Schüler*innen in Rheinland-Pfalz</i>	<i>53</i>
Nachhaltigkeit, Umwelt und Energiepolitik	55
<i>N1: Verbot von Microplastik in Hygiene- und Kosmetikprodukten</i>	<i>55</i>
Organisation innerhalb der Partei	57
<i>O1: SPD muss aufs Land! Chancen zur Mitwirkung erhöhen!.....</i>	<i>57</i>
Sozial- und Gesundheitspolitik	58
<i>SO1: Organspende – Widerspruchslösung einführen!.....</i>	<i>58</i>
<i>SO5: Anreize zum Spenden sammeln schaffen.....</i>	<i>60</i>
Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik	61
<i>W3: #Zerolimits ? #BepartofaCRIME – Endgültiges Verbot von Multi-Level-Marketing Geschäftsmodellen</i>	<i>61</i>
Initiativanträge	62
<i>I1: Öffnung der Ehe</i>	<i>62</i>
<i>I2: Internationales Verbot und Abzug von Atomwaffen aus Deutschland.....</i>	<i>63</i>

Arbeitsprogramm

A1: Wieder Visionen wagen

1 In Zeiten von Trump, Brexit und zahlreichen weiteren Krisen ist ein
2 Zusammenstehen derer, die für eine offene, progressive und freie Gesellschaft
3 kämpfen, wichtiger denn je. Wir Jusos verstehen uns genau als jene Kraft, die dafür
4 einsteht, die Gesellschaft nicht den Miesmachern dieser Welt zu überlassen. In
5 Deutschland und in Europa haben immer mehr Menschen das Gefühl des Status
6 quo. Maßgeblich trägt hierzu auch die emotionslose und nicht zukunftsgerichtete
7 Politik Angela Merkels bei. Was wir daher brauchen ist eine Vision, wie unser
8 Zusammenleben in absehbarer Zeit überhaupt aussehen soll. Wir als
9 internationalistischer, sozialistischer und feministischer Jugendverband streiten
10 daher auch weiterhin für Verbesserungen in dieser Welt und stellen unsere
11 Grundwerte dabei stets in den Mittelpunkt unseres Handelns: Solidarität, Freiheit
12 und Gerechtigkeit. Wir wollen Visionen wagen.

13 Bundestagswahl - Zeit für Gerechtigkeit! Zeit für Visionen!

14 Die Bilanz der dritten Großen Koalition fällt aus Juso-Sicht gemischt aus. Es wurde
15 mehr sozialdemokratische Politik umgesetzt, als 2013 aus unserer Sicht absehbar
16 war. Mit dem allgemein gültigen Mindestlohn und dazu einem Mindestlohn für
17 Leiharbeiter*innen oder dem Wiedereinstieg des Bundes in den sozialen
18 Wohnungsbau sind der SPD wahre Meilensteine der deutschen Geschichte
19 gelungen. Dem gegenüber stehen allerdings auch Sachen, die uns Jusos
20 geschmerzt haben. Hierzu zählen die Ablehnung des Rechts auf Rückkehr zur
21 vorherigen Arbeitszeit durch die Union, die Einführung der „Rheinland-Pfalz-
22 feindlichen“ PKW-Maut, die Blockade der „Ehe für Alle“ und einiges mehr. Auch
23 die Mindestlohn-Ausnahmen, die gerade junge Menschen treffen sowie die
24 weitere Aushöhlung des Asylrechts durch faule Asylkompromisse, hat uns als
25 linker Richtungsverband innerhalb der SPD wütend gemacht. Daher ist für die
26 Jusos klar, dass eine Fortsetzung der Großen Koalition nach dem 24. September
27 keine Option sein kann.

28 Mit Martin Schulz konnten wir einen Kandidaten gewinnen, der dafür brennt, dass
29 Europa nicht den Egomanen überlassen wird, der sich dafür zerreißt, dass wir die
30 weltbeste Bildung in Deutschland haben werden, der Feminismus nicht als
31 „Gedöns“ versteht. Martin Schulz weiß, dass das Leben nicht nur Sonnenseite
32 heißt, aber dass es im Leben gerecht zugehen muss, wo es das auch kann. Das
33 wissen wir Jusos auch und dafür werden wir kämpfen!

34 Nach den drei Landtagswahlen stecken wir nicht den Kopf in den Sand. Nach der
35 Wahl von Trump in den USA, nach dem Brexit oder in den Wahlkämpfen sind viele
36 Menschen in die SPD und bei den Jusos eingetreten. Daher haben wir am 24.
37 September nichts zu verlieren, wir können nur noch bis dahin gewinnen.

38 Die Jusos streben eine Bustour durch alle Bundestagswahlkreise an, um dort
39 Genoss*innen zu unterstützen, zu motivieren, mit anzupacken und mit den
40 größtenteils jungen (Erst-) Wähler*innen ins Gespräch zu kommen. Darüber
41 hinaus werden wir unsere Stärke im social web nutzen, um unsere Inhalte
42 besonders an die junge Zielgruppe heranzutragen. Wir werden mit Give-Aways
43 und eigenem Material präsent sein, um die Jusos vor Ort in den Unterbezirken
44 bestmöglich zu unterstützen und werden hierzu entsprechend ausreichend
45 Ressourcen bereitstellen. Außerdem wollen wir anhand von landesweiten
46 Aktionstagen unsere Schlagkraft bündeln. Ein umfassendes Konzept werden wir
47 den Unterbezirken zeitnah vorstellen.

48 **Europa**

49 Wir Jusos stehen zu Europa. Die Europäische Union ist unser Garant für Frieden
50 und Freiheit seit nun mehr als 60 Jahren. Ein Europa ohne offene Grenzen, ohne
51 den Euro, ohne die Möglichkeit, einfach in einem anderen Land leben, studieren
52 oder arbeiten zu können, ist für uns heutzutage unvorstellbar.

53 Dass diese Idee tagtäglich gefährdet wird, sehen wir an dem Aufkommen von
54 zunehmend rechtspopulistischen Parteien, die zurück zu eigenen Grenzen und
55 Währungen wollen und die Idee eines solidarischen Europas nicht teilen, sie sogar
56 zerstören wollen. Sei es der Front National in Frankreich, die AfD in Deutschland,
57 die FPÖ in Österreich oder aber auch rechtsgerichtete Regierungen in Polen und
58 Ungarn. Diesen Nationalisten stehen wir zusammen mit unseren Partnerinnen und
59 Partnern in ganz Europa entschieden entgegen. Mit dem „Pulse of Europe“ hat
60 sich in den letzten Monaten eine Bewegung zusammengeschlossen, in der sich
61 unterschiedliche Parteien und Menschen treffen, um für die Errungenschaften der
62 Europäischen Union zu werben und dem Fortbestand der Europäischen Idee zu
63 demonstrieren. Ähnliche Aktionen können möchten wir auch in Zukunft mit allen
64 Kräften unterstützen, dabei aber auch immer wieder den Reformbedarf der EU
65 thematisieren.

66 Allerdings wissen wir auch, dass in Europa bei weitem nicht alles so läuft, wie es
67 unserer Ansicht nach sein sollte. Noch immer sind viele Menschen in Griechenland
68 von der Austeritätspolitik betroffen, die durch massiven Abbau des Sozialstaates
69 und fehlenden Investitionen zu einer Perspektivlosigkeit der jüngeren Generation
70 und dadurch auch zur höchsten Jugendarbeitslosigkeit in Europa geführt hat. Auch
71 durch Renten- und Lohnkürzungen wird den Menschen ihre ökonomische
72 Sicherheit genommen, wodurch es ihnen immer schwerer fällt, über die Runden

73 zu kommen oder überhaupt am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Aus
74 diesem Grund kämpfen wir für ein solidarisches Europa, ein Europa der Menschen
75 und der Investition, damit alle Menschen an unserem Wohlstand teilhaben
76 können. Wir fordern die weitere Integration Europas in Richtung einer Sozialunion,
77 bei der die Angleichung der Sozialsysteme und ein gemeinsames sozialpolitisches
78 Konzept im Mittelpunkt stehen. Das Europäische Parlament muss sich hierzu
79 durch Kompetenzerweiterungen und durch Stärkung seiner Rolle zu einer echten
80 europäischen Volksvertretung, die Europäische Kommission sich zu einer vom
81 Europäischen Parlament legitimierten europäischen Regierung entwickeln.

82 Wie wir das alles schaffen? Natürlich nur gemeinsam! Es gibt viele Aktionen, die
83 wir in den nächsten zwei Jahren fortführen wollen. Zum Beispiel der „European
84 Border Crossing Day“, an welchem wir auf die Freizügigkeit innerhalb der Union
85 aufmerksam machen. Mit unserem Europäischen Dachverband, den „Young
86 European Socialists (YES), gelingt uns die Vernetzung der progressiven Kräfte
87 untereinander, wodurch wir auch stärker auf die Entscheidungsprozesse der
88 Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) nehmen können. Gleichzeitig
89 demonstrieren wir für ein menschliches und freies Europa und gegen die
90 nationalistischen und reaktionären Kräfte und suchen sowie pflegen den Kontakt
91 mit ausländischen Verbündeten.

92 **Soziales**

93 In der Großen Koalition konnten wir einen Erfolg im Bereich der
94 Arbeitsmarktpolitik erreichen mit dem gesetzlichen Mindestlohn von mittlerweile
95 8,84 Euro. Nach Einführung des Mindestlohns ist es wichtig, ihn vor Aushöhlung
96 und Verwässerung zu schützen. Weiterhin muss der Mindestlohn auch auf die
97 bisher getroffenen Ausnahmen wie etwa Jugendliche unter 18 Jahren,
98 Langzeitarbeitslose oder Praktikant*innen ausgeweitet und derart in seiner Höhe
99 angepasst werden, dass es Beschäftigten auch mit dem Mindestlohn möglich ist,
100 würdig zu leben und für das Alter vorzusorgen. Hier wollen wir unseren Einfluss
101 als Landesverband nutzen, denn wer regulär arbeitet, verdient auch den regulären
102 Mindestlohn.

103 Besonderen Fokus wollen wir in den nächsten zwei Jahren auf die Jugend legen.
104 Um niemanden zurückzulassen und um allen eine Teilhabe am Arbeitsmarkt zu
105 ermöglichen, setzen wir uns für die Einrichtung von Jugend-Berufsagenturen oder
106 -Joblotsen ein. Dazu wollen wir uns vor Ort, im Rahmen eines Seminars, von der
107 Hamburger Jugend-Berufsagentur ein Bild machen und uns das Mannheimer
108 Modell des Joblotsen genauer anschauen, um ein ähnliches für Rheinland-Pfalz
109 passendes Modell zu erarbeitet und dieses auch bei der Landesregierung
110 durchzusetzen. Um die Situation derer, die bereits einen Ausbildungsplatz haben
111 zu verbessern, setzen wir uns für eine Mindestauszubildendenvergütung ein,
112 welche die Grundsicherung merklich übersteigt. Zusätzlich setzen wir uns für die

113 Abschaffung aller Mindestlohn-Ausnahmen ein, da diese vor allem junge
114 Menschen in ihrer Ausbildung treffen und benachteiligen.

115 Wir arbeiten weiterhin an einem Rheinland-Pfalz-weiten Semester- und
116 Auszubildendenticket und hoffen es in den nächsten zwei Jahren auf den Weg
117 bringen zu können. Auch fordern wir die Einrichtung von
118 Auszubildendenwohnheimen oder gemischte Student*innen- und
119 Auszubildendenwohnheime. Staatliche Wohnraumförderung darf für uns nicht
120 von der Art der Berufsbildung abhängig gemacht werden. Diese Forderung werden
121 wir mit entsprechenden Anträgen in den Programmen der SPD-Rheinland Pfalz
122 und der Bundes-SPD verankern.

123 Des Weiteren distanzieren wir uns von jeglicher Forderung nach pauschalen
124 Steuersenkungen, solange unsere staatliche (Bildungs-)Infrastruktur in einem
125 teilweise beklagenswerten Zustand ist. Trotzdem ist es richtig und wichtig über die
126 Verteilung der Steuer- und Abgabenlast zu reden. Gerade bei den Sozialabgaben
127 ist eine Nachjustierung der Abgabenlast nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip
128 richtig, wichtig und dringend geboten! Wir möchten, dass auch die Tarife der
129 Sozialabgaben zumindest teilweise progressiv gestaltet werden. Auch dazu soll es
130 einen Antrag geben, der diese Forderung in den jeweiligen Parteiprogrammen
131 verankert.

132 Für uns gilt weiterhin, dass starke Schultern mehr zu tragen haben als schwache.
133 Wer es in Deutschland zu Vermögen gebracht hat, der oder dem ist dies aufgrund
134 der hiesigen sozialstaatlichen Voraussetzungen gelungen. Wer aber von unserer
135 Infrastruktur, unseren gut ausgebildeten Fachkräften und Akademikern, von
136 unserer sehr guten außenpolitischen Vernetzung und anderen
137 Standorteigenschaften Deutschlands profitiert hat, muss auch dafür Sorge tragen,
138 dass diese Voraussetzungen für die nachfolgenden Generationen erhalten
139 bleiben. Deshalb stehen wir dafür ein, höhere Einkommen höher zu besteuern,
140 dabei keine Ausnahmen bei Kapitalerträgen zu machen und große Vermögen mit
141 in die Pflicht zu nehmen.

142 **Vernetzung & Zusammenarbeit**

143 Grundlage für eine erfolgreiche Arbeit ist unter anderem die Zusammenarbeit mit
144 anderen (Jugend-) Organisationen. Neben Bündnissen und dem Austausch mit
145 Gewerkschaften und den entsprechenden Jugendlichen, soll auch der enge Kontakt
146 mit den anderen, insbesondere benachbarten, Landesverbänden der Jusos
147 weiterhin fortgeführt werden und weiter verbessert werden. Wir wollen uns
148 außerdem aktiv in diversen Arbeitsgemeinschaften der SPD beteiligen.
149 Desweiteren wollen wir auch nach wie vor den Blick über den Tellerrand wagen
150 und versuchen uns mit den Jugendorganisationen der anderen Parteien
151 auseinanderzusetzen und kontroverse Meinungen sachlich zu diskutieren.

152 Bei diesem Vorhaben dürfen wir nicht andere Organisationen vernachlässigen, die
153 junge Menschen repräsentieren – in etwa die Landesvertretung für Schülerinnen
154 und Schüler in Rheinland-Pfalz (LSV RLP), aber auch über verschiedenste, für junge
155 Menschen wichtige und interessante, Themen aufklären (SCHLAU RLP, LSVD
156 RLP...).

157 **Bildung**

158 Bildungspolitik ist ein ordinäres Thema der Landespolitik und uns ist es ein
159 besonderes Anliegen unsere bildungspolitische Kompetenz zu schärfen. Rheinland
160 – Pfalz kann mit Stolz von sich behaupten, dass in diesem Bundesland die
161 Ausbildung vom Kindergarten bis zur Universität weitestgehend kostenfrei ist.
162 Dennoch ergeben sich noch immer einige bildungspolitische Ungerechtigkeiten
163 wie z.B. in der dualen Ausbildung:

164 In Ausbildungsballungsräumen muss es Standard werden, dass Auszubildende
165 einen finanzierbaren Wohnheimplatz erhalten können. In unseren derzeit
166 vorhandenen BBSen fehlt es häufig an moderner Ausstattung. Während die
167 Unternehmen mit den neusten technologischen Trends, wie z.B. der
168 Digitalisierung der Arbeit aufwarten, sind unsere Berufsschulen den steigenden
169 Anforderungen ausstattungstechnisch nicht mehr gewachsen. Deshalb ist es
170 wichtig, dass die Infrastruktur stimmt.

171 Motivierte Lehrkräfte verleihen den Räumen der BBSen Leben. Dem angestaubten
172 Ruf der Berufsschullehrkraft muss neuer Glanz verliehen werden, was dazu führt,
173 dass sich wenige für den Beruf der Berufsschullehrkraft entscheiden. Warum das
174 so ist möchten wir in der kommenden Legislatur näher untersuchen. Also hier gilt
175 es weiter unsere Forderungen zu formulieren und zu kommunizieren.

176 Die Hochschulen müssen ausnahmslos allen offenstehen. Um dieses Ziel zu
177 erreichen, muss die Ausfinanzierung der Hochschulen Wirklichkeit werden, wofür
178 mit der Lockerung des Kooperationsverbotes bereits ein erster richtiger Schritt
179 getan wurde. Ein wichtiges Merkmal für ein gutes inhaltliches Studium ist
180 weiterhin die Verbesserung der Studien- und Prüfungsordnungen, die alle
181 studentischen Lebenswirklichkeiten berücksichtigt.

182 Dabei ist uns die Zusammenarbeit mit den rheinland-pfälzischen Juso-
183 Hochschulgruppen wichtig, um diese Themen aus der Hochschulpolitik – zu denen
184 auch das elternunabhängige BAföG zählt – mit gemeinsamer Anstrengung
185 vertreten zu können. Weiterhin ist es wichtig Fachgespräche und vor allem die
186 Debatte mit der LSV, der ADD, der GEW, dem DGB und dem Philologenverband zu
187 suchen, um gemeinsam tragfähige Forderungen und Lösungen zu diskutieren.
188 Damit möchten wir unsere erfolgreiche Arbeit in der Bildungspolitik fortsetzen
189 und an unsere Erfolge anknüpfen. Wir stellen fest, dass die Situation für junge
190 Lehrerinnen und Lehrer nicht zufriedenstellend ist. Wir fordern, dass in den

191 kommenden Jahren mehr Planstellen geschaffen werden, um die Kettenbefristung
192 für neue Lehrkräfte endlich zu beenden und unserem Anspruch als Bildungsland
193 Nummer 1 gerecht zu werden.

194 **Kampf gegen Rechts**

195 Mit Sorge beobachten wir den anhaltenden Rechtsruck in Europa. Populisten
196 ziehen in unsere Parlamente ein und versuchen die Freiheiten, für die gerade wir
197 Sozialdemokraten und Jungsozialist*innen so lange gekämpft haben, zu
198 untergraben. Wir bekennen uns zu einer freien, pluralistischen Gesellschaft! Wir
199 bekennen uns zu Europa und Schengen!

200 Die Alternative für Deutschland sehen wir als Bedrohung unserer Demokratie. Wir
201 stellen uns ihr entschieden entgegen! Es gilt sie zu entzaubern und ihre Parolen zu
202 entkräften. In einem freien und offenen Europa wollen wir die sozial-gerechte
203 Alternative sein. Dazu müssen wir gerade junge Menschen direkt ansprechen und
204 gegen die AfD mobilisieren. In unseren eigenen Reihen, aber auch darüber hinaus.
205 Nur wenn wir gemeinsam unsere Stimmen erheben, können wir den Rechten
206 Einhalt gebieten. Remagen Nazifrei ist hier stellvertretend für viele andere
207 Veranstaltungen zu nennen. Hier haben wir die Möglichkeit, öffentlich Flagge zu
208 zeigen, aktiv für unsere Demokratie einzustehen und Farbe zu bekennen.

209 Wichtig ist uns auch nach wie vor das Erstellen verschiedener Materialien. Wir
210 möchten all unseren Mitgliedern dieses Handwerkszeug zur Verfügung stellen, um
211 aktiv gegen Stammtischparolen vorzugehen.

212 Nur gemeinsam schaffen wir, Gauland, Weidl, Le Pen, Wilders und allen anderen
213 klar zu machen, dass ein geeintes, freies Europa, sehr gerne auf sie verzichtet!

214 **Gedenkkultur**

215 Der Geschichtsrevisionismus nimmt seit einigen Jahren deutlich wahrnehmbar zu.
216 Geschichtsrevisionistische Äußerungen und Handlungen nehmen somit immer
217 mehr Einfluss auf den öffentlichen Umgang mit Geschichte in der Vergangenheit
218 und Gegenwart. Damit in Zukunft nicht Menschen im Deutschen Bundestag sitzen,
219 die das Holocaust-Mahnmal in Berlin ein „Denkmal der Schande“ nennen, und sich
220 ihnen stetig mehr Menschen anschließen, müssen wir als antifaschistischer
221 Verband klare Zeichen gegen diese Entwicklung setzen. Wir sehen es daher als
222 unsere Aufgabe an, an die Shoah zu erinnern und der Verfolgung, Vertreibung und
223 Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden zu erinnern. Aufarbeitung und
224 Auseinandersetzung sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, denen wir uns
225 stellen. Hierzu zählen auch Erinnern und Gedenken. Durch Initiierung eigener
226 (Bildungs-)Veranstaltungen, öffentlichkeitswirksame Positionierungen sowie
227 Teilnahme an Gedenkveranstaltungen tragen die Jusos Rheinland-Pfalz zu einer
228 gesamtgesellschaftlichen Bewusstmachung bei.

229 Insbesondere mit dem Blick auf das Jahr 2018, in dem sich das Ende des I.
230 Weltkrieges zum 100. Mal jährt. Hier würde es sich lohnen, eine Fahrt nach Verdun
231 zu organisieren, bei der wir vor Ort mehr über diesen historischen Ort erfahren
232 könnten. Ein weiterer Tag ist der 'Remembrance Day' („Poppy Day“), der
233 besonders im englischsprachigen Raum jeden 11. November zelebriert wird.
234 Neben den bekannteren Gedenktagen, wollen wir auch nicht jene vergessen,
235 deren Ereignisse nicht weit in der Vergangenheit liegen: Etwa der rechtsextreme
236 Angriff auf ein Feriencamp in Utøya. An deren Getöteten wird besonders am 22.
237 Juli gedacht.

238 **Entwicklungspolitik**

239 Wir möchten uns auch für eine faire, ausgewogene und partnerschaftliche
240 Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe einsetzen. Wir werden uns im
241 Rahmen eines Workshops oder Seminars insbesondere mit gerechter
242 Handelspolitik, dem Verhalten auch europäischer Konzerne in sich entwickelnden
243 Staaten und Strategien zur nachhaltigen Entwicklung und Verbesserung der
244 Lebensumstände befassen. In diesen Handlungsfeldern sowie der Intensivierung
245 der Unterstützung in Krisengebieten sehen wir starke Instrumente zum Abbau von
246 Fluchtursachen. Um den eigenen Verband sowie die Öffentlichkeit für diese
247 Themen zu sensibilisieren und einen eigenen Beitrag zur
248 Entwicklungszusammenarbeit zu leisten, werden wir einen Spendenlauf
249 organisieren.

250 **Ökologie und Energie**

251 Rheinland-Pfalz ist ein Land, welches den ökologischen Gedanken mit der
252 regionalen Wertschöpfungskette verbindet. Wir konnten im Bereich Ökologie in
253 den letzten Jahren und Jahrzehnten viel erreichen. Durch die Aktion Blau konnten
254 viele Bachläufe renaturiert werden, durch die Fortschreibung des
255 Landesentwicklungsplans (LEP IV) wird mit Maß und Mitte die Windkraft
256 gefördert. Der vor zwei Jahren gegründete Nationalpark krönt die bisherige
257 Entwicklung. Das Vorhaben, die BUGA 2031 nach Rheinland-Pfalz zu holen,
258 begrüßen und unterstützen wir ausdrücklich.

259 Darüber hinaus begrüßen wir die Vorhaben der Stadtwerke Trier und Mainz
260 Pumpspeicherkraftwerke zu bauen, um die Versorgungssicherheit im Land zu
261 garantieren und somit die Energiewende zum Erfolg zu führen.

262 Um ein deutliches Zeichen zu setzen, wird der Landesvorstand eine
263 mitgliederoffene Veranstaltung (z.B. eine Vorstandssitzung) im Nationalpark
264 ausrichten und eine Besichtigung eines Unternehmens in dieser Branche oder
265 eines Kraftwerks organisieren.

266 **Kommunales**

267 Die kommunale Politik besetzen wir Jusos aktiv, da sich die öffentliche
268 Daseinsvorsorge hier abspielt. Außerdem gehen die Jusos in kommunalen
269 Gremien ihren ersten Mandaten im Auftrag der Wähler*innen nach. Gründe
270 genug, Kompetenzen auszubilden und zu bündeln.

271 Die Jusos stehen für das Wahlalter 16 insbesondere in den Kommunen.
272 Jugendliche sind in der Lage, sich über die Politik der Parteien zu informieren.
273 Jugendwahlen bestätigen, dass die wenigsten Jugendlichen extremistische Politik
274 befürworten und wählen würden. Sie tragen mit ihrem Wahlverhalten die
275 Demokratie und müssen als Wähler*innengruppe in Zukunft berücksichtigt
276 werden. Das Wahlalter 16 stärkt den Stellenwert der Jugendpolitik.

277 2019 wird die nächste Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz stattfinden. Unser Ziel
278 lautet: Mehr Jusos in die Räte! Dafür ist eine Unterstützung der Juso-
279 Kandidat*innen durch den Landesvorstand essentiell.

280 Wir möchten ein Kommunalseminar anbieten, welches das für die Ratsarbeit
281 nötige Know-How vermittelt. Eine Rolle spielen die Inhalte der Gemeindeordnung,
282 welche die Ratsarbeit in den Grundzügen regelt. Das Seminar soll regulärer
283 Bestandteil des Bildungsprogramms für das Jahr 2018 werden.

284 Außerdem wird im Vorfeld zur Wahl ein Vernetzungstreffen stattfinden, dessen
285 Ziel es ist, gute Ideen für den Wahlkampf untereinander auszutauschen. Die
286 kreativsten Vorschläge, Wählende zu überzeugen, schlummern zu oft in den
287 Unterbezirken selbst und warten auf ihre Weitergabe. Von dem
288 Vernetzungstreffen erwarten wir uns neue Denkanstöße für den Wahlkampf im
289 städtischen wie auch ländlichen Raum. Zusätzlich soll ein Input des Medienteams
290 über die effektive Nutzung sozialer Netzwerke erfolgen.

291 Abschließend werden zur Wahl universell verwendbare Materialien entwickelt,
292 welche sich ggf. in eine Juso-Leitkampagne einbetten lassen. In jedem Fall wird
293 den Unterbezirken das entwickelte Material kostengünstig zur Verfügung gestellt.
294 Die Materialien werden in Papierform und digital angeboten.

295 **Außenpolitik**

296 Die Zahl der Krisen und Kriege ist in den letzten Jahren wieder erheblich
297 angestiegen. Kriege und militärische Auslandseinsätze dürfen niemals die Regel
298 sein. Wir setzen uns für eine friedliche Lösung von Konflikten in der Welt ein.
299 Hierfür ist es unbedingt notwendig, dass Deutschland seine Rolle als einer der
300 größten Waffenexporteure der Welt aufgibt. Vor allem in Krisengebiete muss die
301 Auslieferung der Waffen gestoppt werden. Nur so kann eine nachhaltige
302 Außenpolitik, die auf Dialog, Diplomatie und Begegnung von Konfliktparteien fußt
303 wirklich funktionieren. Die Vereinten Nationen sind jedoch das einzige

304 internationale Organ für die Legitimation humanitäre Einsätze in anderen Staaten.
305 Wir Jusos fordern diese weiter zu reformieren und zu demokratisieren.

306 Weiterhin nehmen wir mit Besorgnis zur Kenntnis, dass immer mehr Staaten -auch
307 in unmittelbarer Nähe- sich vom Grundkonsens einer demokratischen Gesellschaft
308 entfernen. Für uns Jusos ist klar: Erdogan ist nicht die Türkei, Putin nicht Russland
309 und Orban nicht Ungarn. In allen Staaten bestehen weiterhin Verbände und
310 Organisationen, die trotz aller Repressionen für eine weltoffene und solidarische
311 Gesellschaft eintreten. Diese wollen wir unterstützen und uns den autoritären
312 Bewegungen in Europa und der ganzen Welt weiterhin entschlossen
313 entgegenstellen.

314 **Sicherheit**

315 Wir Jusos verstehen unter Sicherheit mehr als die konservative politische
316 Richtung. Für uns ist mit Sicherheit auch soziale Sicherheit und Gerechtigkeit
317 gemeint, aber keinesfalls ein immer weiter fortschreitender Ausbau staatlicher
318 Überwachung. Eine weitere Ausweitung von Videoüberwachung auf öffentlichen
319 Plätzen sowie das Aushöhlen von Menschenrechten durch unbegründete und
320 umfassende Eingriffe in die Privatsphäre vieler Menschen lehnen wir vehement
321 ab. Vorratsdatenspeicherung und Staatstrojaner sind für uns kein Teil
322 verantwortlicher Sicherheitspolitik. Im letzten Vorstand wurde das Thema innere
323 Sicherheit bereits mit einem Seminar mit den Jusos Hessen-Süd umfassend
324 behandelt. Im kommenden Jahr würden wir um das Thema Außenpolitik und
325 internationale Sicherheit mit Hilfe des Planspiels „Polis“ vielen Jusos
326 näherbringen. Hierbei handelt es sich um ein Angebot der Jugendoffiziere der
327 Bundeswehr, in dem das Handeln und Entscheiden auf internationaler Ebene
328 simuliert werden. Da dieses Format ausschließlich mit der Bundeswehr
329 durchzuführen ist, werden wir uns um eine kritische Abenddiskussion mit dem
330 „Darmstädter Signal“ bemühen, einem kritischen Arbeitskreis aus aktiven und
331 ehemaligen Offizieren, um auch über das Politikfeld der Bundeswehr zu sprechen.
332 Dabei werden wir auf einen zivilen Veranstaltungsort setzen. Viel zu lange haben
333 wir das Feld „Sicherheit“ den Konservativen überlassen, es ist Zeit für eine linke
334 Sicherheitspolitik!

335 **Visionen wagen in Stadt und Land**

336 Letztes Jahr verabschiedete der Juso-Bundeskongress einen Grundlagenantrag im
337 Bereich Regionalentwicklung. Diesen Antrag nehmen wir als Aufschlag, uns
338 innerverbandlich stärker mit diesem Thema auseinanderzusetzen, um die
339 Entwicklung der rheinland-pfälzischen Kommunen stärker voranzutreiben. Als
340 besonders drängende Probleme sehen wir hierbei die Entwicklung der ländlichen
341 Räume, die durch mangelhafte Infrastruktur stark an Lebensqualität verloren

342 haben und weiter verlieren. In den Städten erzeugen vor allem der
343 Wohnungsmarkt und ein Mangel an Betreuungsangeboten Druck.

344 *Was uns wichtig ist:*

345 Ob Leben in der Stadt oder auf dem Land: Wir sprechen - kontrovers und kritisch
346 – über bestehende Herausforderungen und streben möglichst gleichwertige
347 Lebensbedingungen in allen Regionen an. Hierzu muss aus Perspektive der
348 ländlichen Räume in Wissenschaft und politischer Umsetzung jedoch noch massiv
349 aufgewertet werden. Die Ausrichtung wissenschaftlicher Arbeit in der Regional-
350 und Kommunalentwicklung ist viel zu wenig auf ländliche Räume fokussiert. Es
351 mangelt an speziellen Studienangeboten, wissenschaftlichen Erkenntnissen und
352 Fachliteratur und Kommunikation zwischen Wissenschaft und Kommunen. Auf
353 dieses Defizit gilt es gezielt hinzuweisen. Menschen aus ländlichen Räumen
354 müssen befähigt Bedarfe eigenständig zu artikulieren, damit Politik für den
355 ländlichen Raum nicht die Sache von Außenstehenden bleibt. Der demografische
356 Wandel bedeutet nicht automatisch ein Aussterben der ländlichen Räume. Mit
357 einem gewissen Grad an Abwanderung muss auf Grund infrastruktureller Defizite
358 zwar gerechnet werden, jedoch wollen wir proaktiv daran mitwirken ländliche
359 Räume als attraktive Lebensräume zu erhalten und weiterzuentwickeln.

360 Das ist, was wir tun:

- 361 •Wir wollen das Thema Ländliche Räume gemeinsam mit anderen
362 Landesverbänden bearbeiten um von einem Erfahrungsaustausch zu profitieren.
363 Dazu soll eine bundesweite Vernetzung stattfinden
- 364 •Unsere Themenschwerpunkte sollen in einer Veranstaltungsreihe näher
365 beleuchtet werden. Wir wollen uns Projekte vor Ort anschauen, Fachgespräche
366 führen und Ergebnisse verbandsoffen diskutieren und erarbeiten.

367 *Unsere Themenschwerpunkte:*

368 Wohnen in der Stadt:

369 Hohe Mieten und Platzmangel in den Städten erfordern eine Entschärfung des
370 Wohnungsmarktes. Es gilt aktiv gegen Wohnungsmarktspekulationen vorzugehen
371 und faire Bedingungen für Mieter_innen zu schaffen. Hierzu gehört auch
372 Mieter_innen als Verbraucher_innen besser über ihre Rechte aufzuklären und
373 mehr Transparenz bei Mietpreisen und Angeboten zu schaffen.

374 Wohnen auf dem Land:

375 Hier sehen wir die Förderung von Wohneigentum als sinnvolles Modell. Leben auf
376 dem Land ist immer auch eine Frage der Mobilität. Hier gilt es Lösungen fernab
377 des motorisierten Individualverkehrs zu fördern und einheitliche Standards zu
378 entwickeln.

379 Vereinbarkeit von Wohnort und Arbeitsplatz:

380 Vereinbarkeit von Wohnort und Lebensmittelpunkten mit dem Arbeitsplatz ist
381 eine zentrale Entscheidungsgrundlage für die Wahl des Wohnortes. Oft genug

382 bleibt Menschen in dieser Frage aber keine wirkliche Entscheidungsmöglichkeit.
383 Sei es auf Grund mangelnder Vereinbarkeit mit einem geregelten Familienleben,
384 langen Pendelwegen oder hohen Mietpreisen. Hier braucht es von
385 Arbeitgeberseite Home-Office-Lösungen und flexible Arbeitszeitmodelle die sich
386 mit der Betreuung von Mitmenschen vereinbaren lassen. Andererseits muss die
387 öffentliche Hand Betreuungsangebote für Kinder, ältere oder beeinträchtigte
388 Mitmenschen ausbauen und bedarfsgerechter abstimmen.

389 Jugendliche und junge Erwachsene im ländlichen Raum:

390 Jugendlichen in ländlichen Räumen muss es ermöglicht werden dort auch bleiben
391 zu können oder zurückzukehren. Zentral dafür sind Ausbildungs- und
392 Studienmöglichkeiten, vor allem auch Arbeitsplätze und Perspektiven für junge
393 Familie. Auch die Gestaltung der ländlichen Räume muss progressiver auf die
394 Bedürfnisse von Jugendlichen ausgerichtet werden. Kommunen müssen stärker in
395 zeitgemäße Freizeitangebote und Mobilität investieren.

396 Digitalisierung und Wirtschaftsförderung:

397 Um die Digitalisierung voranzutreiben muss endlich ein flächendeckender Ausbau
398 der digitalen Infrastruktur erfolgen um Errungenschaften wie E-Gouvernement
399 und Telemedizin angemessen nutzen zu können. Für eine adäquate
400 Wirtschaftsförderung setzen wir auf kommunale Versorgungsnetzwerke,
401 Genossenschaftsmodelle, globales Denken und lokales Handeln.

402 **Netzpolitik**

403 Plattformökonomien

404 Gerade im Internet bildete sich in den letzten Jahren eine neue Beschäftigungs-
405 und Arbeitsmarktökonomie, die jenseits von Staaten und deren Gesetzen handeln
406 kann. In den letzten Jahren haben sich Internetplattformen gebildet, die als
407 Vermittlungsinstanz zwischen freien Mitarbeitenden und Auftraggebenden
408 fungieren. Jene Plattformen haben gigantische Beschäftigtenzahlen und staatliche
409 Akteure bilden jene "Wertschöpfung" kaum in ihren volkswirtschaftlichen
410 Gesamtrechnungen ab. Nach der aktuellen Regelung wird der Umsatz eines
411 Unternehmens besteuert, wenn aber der Standort der Wertschöpfung nicht exakt
412 definiert werden kann, dann befindet man sich in Deutschland in einer
413 gesetzlichen Grauzone. Geistige Arbeit wie zum Beispiel Texte schreiben in
414 verschiedenen natürlichen Sprachen, Suchmaschinenoptimierung oder
415 Programmierjobs werden zu Dumping - Preisen verhökert.

416 Arbeitsrechtlich befindet man sich zumindest in Deutschland im Rahmen von
417 Werkverträgen. Offiziell bei einer Plattform angestellt sind die freien
418 Mitarbeitenden meist nie.

419 In Deutschland illegale Arbeitspraktiken wie zum Beispiel Unterschreitung des
420 gesetzlichen Mindestlohns können nicht effektiv bekämpft werden. Deswegen ist

421 es nötig, verbindliche Mindeststandards durchzusetzen, damit nicht nur ein
422 kleiner Teil von der Plattformökonomie profitiert.

423 Solch eine prekäre Beschäftigungssituation darf nicht der Anspruch linker Politik
424 sein!

425 Neue technologische Herausforderungen für die Politik

426 Neuronale Netze und maschinelles Lernen versprechen Großes: Die
427 Automatisierung kognitiver Arbeit. Sprache kann erkannt und Bilder können
428 kategorisiert werden, zahlreiche Unternehmen experimentieren erfolgreich mit
429 selbstfahrenden Autos. IBM konnte die Quizshow "Jeopardy" mithilfe des Systems
430 "Watson" gewinnen und Googles Tochter Deepmind meisterte das
431 anspruchsvollen Brettspiel "Go".

432 Im Bereich der Medizin können Röntgenbilder schneller und genauer ausgewertet
433 werden und Wissenschaftler gelang es durch maschinelles Lernen, ein Nobelpreis-
434 Experiment zu reproduzieren. Diese Entwicklung ist einerseits großartig, denn sie
435 verspricht Verbesserungen in nahezu allen Bereichen: Bessere Auffindbarkeit und
436 Auswertbarkeit von Informationen, weniger Unfälle und Staus, mehr
437 Möglichkeiten in der Medizin, verbesserte Effizienz und eine Steigerung des
438 Wohlstandes. Doch neue Technologien bringen immer auch Probleme und Risiken
439 mit sich, so gibt es z. B. Bedenken beim Thema "AI Safety": Eine künstliche
440 Superintelligenz mit dem Auftrag, Menschen glücklich zu machen, könnte auf die
441 Idee kommen, dass dies durch den massenhaften Einsatz von Endorphinen doch
442 ganz einfach zu realisieren ist – schöne neue Welt.

443 Für Kopfzerbrechen sorgen auch die Themen Datenschutz und Beschäftigung. Es
444 ist keinesfalls sicher, dass neue Jobs entstehen, wenn LKWs und Züge automatisch
445 fahren, Supermärkte nur noch Selbstbedienungskassen anbieten und Analysten
446 durch Software ersetzt werden. Der Produktionsfaktor Kapital gewinnt somit im
447 Vergleich zur Arbeit immens an Bedeutung, sodass bei fehlender politischer
448 Steuerung die Entstehung eines Prekariats droht. Auch die Überwachung und
449 Beeinflussung der Bevölkerung wird durch neue Technologie vereinfacht, da
450 Kameras automatisch ausgewertet und nur erwünschte Informationen gezeigt
451 werden können. Um eine gute Zukunft zu sichern, gibt es also reichlich politischen
452 Handlungsbedarf. Daher machen wir es uns in der kommenden Legislatur zum Ziel,
453 uns weiterzubilden, Fachvorträge zu besuchen und konkrete Forderungen zu
454 formulieren.

455 **Verkehr - Mobilität der Zukunft**

456 Die Jusos Rheinland-Pfalz setzen sich für eine zukunftsorientierte, sozial- und
457 wirtschaftsgerechte und umweltfreundliche Verkehrs- und Mobilitätspolitik ein.
458 Ziel dieser Politik soll sein, dass alle Menschen, egal welches Alter, sozialer

459 Herkunft oder finanzielle Ausstattung, schnell, problemlos und sicher reisen
460 können. Für uns ist es auch wichtig, dass Güter umweltfreundlich und
461 Ressourcenschonend transportiert werden. Dabei soll dies wirtschaftlich bleiben
462 und den Anforderungen einer global tätigen Wirtschaft entsprechen. Dabei sollen
463 alle Verkehrsarten und Verkehrsmitteln berücksichtigt werden, wie
464 Straßenverkehr, Luft- und Schifffahrt, Eisenbahnverkehr und Geh- und Radverkehr.

465 Um dieses Thema der Mobilität der Zukunft zu erarbeiten, wollen wir mit dem
466 Arbeitskreis Mobilität, zusammen mit Fachleuten aus der Politik, der Wirtschaft,
467 der Gewerkschaften und der Gesellschaft arbeiten, um Lösungswege zu finden.

468 **Unternehmensbesuche**

469 Rheinland-Pfalz kann neben dem breit aufgestellten Mittelstand auf zahlreiche
470 Großkonzerne zählen, die unterschiedliche Branchen abdecken – vom
471 Kekshersteller Griesson über Haribo bis hin zu Amazon und BASF. Es gibt genug zu
472 bereden. Im vergangenen Jahr konnten wir bereits einige Unternehmensbesuche
473 durchführen. So können wir in Kontakt bleiben und unseren Horizont erweitern.
474 Wir wollen in den kommenden zwei Jahren mindestens vier
475 Unternehmensbesuche organisieren. Bei der Auswahl der Unternehmen legen wir
476 Wert auf das Vorhandensein eines Betriebsrats. Unternehmen, die Betriebsräte
477 bei ihnen verhindern (wie bspw. 1&1), sind für uns keine Ansprechpartner*innen.

478 **Arbeit mit und in der SPD**

479 Die Jusos Rheinland-Pfalz bringen sich konstruktiv und stets kritisch hinterfragend
480 in die Arbeit innerhalb der SPD ein. Wir suchen aktiv und offen das Gespräch mit
481 der Mutterpartei und bringen unsere Beschlüsse und jungsozialistischen Werte in
482 die Arbeit der SPD ein. Dennoch sind wir aber keine bessere Plakatkleber*innen-
483 Gruppe. Insbesondere der Austausch mit den anderen Arbeitsgemeinschaften
484 liegt uns sehr am Herzen. Wir wirken darauf hin, dass möglichst viele Juso-
485 Positionen Gehör finden und möchten unser Netzwerk mit den
486 Arbeitsgemeinschaften vertiefen und vergrößern. Die Jusos Rheinland-Pfalz
487 bringen sich mit ihren jungsozialistischen Werten als linker Jugendverband in die
488 Parteitage und den Landesparteirat ein.

489 **Mitgliederarbeit**

490 Nach der vergangenen erfolgreichen Unterbezirkskonferenz möchten wir dieses
491 Format beibehalten und erneut durchführen. Ziel ist es dabei die Unterbezirke
492 untereinander zu vernetzen und in einer gemeinsamen Runde den Austausch zu
493 fördern. Nur mit starken Unterbezirken kann auch der Landesverband insgesamt
494 stark und stabil sein. Die Unterbezirkskonferenz bietet eine Plattform, Fragen und
495 Probleme sowie Anregungen zu klären und in einer Experten-Runde zu

496 besprechen. Neue Impulse, Fortbildungsmaßnahmen und Diskussionen auf der
497 Unterbezirkskonferenz sollen Anreize schaffen, um eine dynamische Arbeit
498 fortzusetzen.

499 Außerdem wollen wir eine transparente Arbeit und breite Informationsgrundlage
500 schaffen, indem Mitglieder in regelmäßigen Abständen über bevorstehende
501 Aktivitäten und Veranstaltungen via Mail und über die Homepage informiert
502 werden. Der Newsletter ist hierzu ein gutes Werkzeug, welches wir fortführen und
503 beibehalten wollen.

504 Des Weiteren wollen wir an einer neuen Handreichung in Anlehnung an die Juso-
505 Fibel arbeiten, die den Unterbezirken bereitgestellt werden soll, um so die Arbeit
506 effektiver zu gestalten und insbesondere neueren Mitgliedern den Einstieg
507 erleichtern sollen.

508 **Öffentlichkeitsarbeit**

509 Die Jusos Rheinland-Pfalz positionieren sich mit Pressemitteilungen ergänzend zur
510 Arbeit des Medienteams zu aktuellen Themen und wirken darauf hin, in den
511 einschlägigen Zeitungen des Landes Platz zu finden.

512 Hierzu soll der Kontakt mit Journalistinnen und Journalisten gesucht und gepflegt
513 werden. Das Redaktionsgespräch als Werkzeug zum Austausch mit einzelnen
514 Redaktionshäusern soll intensiver genutzt werden und als Sprachrohr für
515 Positionen dienen. Wir wollen so gemeinsam mit dem Medienteam die öffentliche
516 Präsenz unserer Jugendorganisation vergrößern und bekannter werden.

517 **Medienteam**

518 Das Medienteam der Jusos RLP hat eine der besten Social-Media-Strategien der
519 Jusos bundesweit. Im letzten Jahr zeigte sich die Arbeit auf den verschiedenen
520 Netzwerken als drittstärkste Kraft direkt hinter dem Landesverband der NRW
521 Jusos und dem Bundesverband. Natürlich wollen wir uns nicht darauf ausruhen.
522 Das Medienteam strebt in den nächsten zwei Jahren die Fortsetzung der jetzigen
523 Arbeitsstruktur, sowie den Ausbau an direkten Angeboten für die Gliederungen
524 an.

525 Neben einem professionalisierten Downloadbereich soll es die Möglichkeit geben
526 Coachings für die Gliederung vor Ort organisieren zu können. Egal ob im Text-,
527 Video- oder Fotobereich, das Medienteam soll dafür Sorge tragen, den Verband
528 fitter für die Zukunft in sozialen Netzwerken zu machen. Durch die Fortführung
529 der Professionalisierung des Verbandes können wir mit richtigen Mitteln junge
530 Menschen direkter erreichen und für Politik begeistern.

531 **Sommercamp**

532 Die Jusos Rheinland-Pfalz richten einmal jährlich ein Sommercamp aus.
533 Eingerahmt und eingebettet wird diese Veranstaltung von inhaltlichen Seminaren,
534 vom gemeinschaftlichen Zusammenleben, Kochen und das Beisammensein am
535 Lagerfeuer. Wir wollen den Zusammenhalt aktiv leben, gemeinsam
536 Arbeiter_innenlieder singen und diese besondere Zeit genießen. Der Diskurs und
537 der Austausch stehen dabei ganz wesentlich im Mittelpunkt des Sommercamps.

538 Die Seminare sollen dabei so ausgerichtet sein, dass sowohl erfahrenere
539 Genossinnen und Genossen wie auch neue Einsteiger_innen die Chance habe, sich
540 auf Augenhöhe auszuwechseln. Ziel ist es, das gemeinsame Miteinander zu
541 fördern, Impulse zu schaffen und neue Kontakte zu knüpfen.

542 **Bildungsprogramm**

543 Das Bildungsprogramm stellt eine enorm wichtige Säule der Arbeit der Jusos
544 Rheinland-Pfalz dar. Oberstes Ziel ist dabei die politische Bildungsarbeit und die
545 Fortbildung von Mitgliedern. Wir werden dieses gemeinsame Angebot mit den
546 saarländischen Genossinnen und Genossen weiterführen und die Arbeit des
547 Bildungsausschusses aktiv unterstützen

548 **Kommissionswochenenden**

549 Die Kommissionswochenenden stellen die Ideenschmiede der Landesverbände
550 Rheinland-Pfalz und Saar dar. Auf ihnen diskutieren wir über Themen, um uns
551 selbst zu informieren und weiterzubilden oder auch um Anträge vorzubereiten
552 und Materialien zu erstellen. Es ist uns daher wichtig, dass jede Kommission
553 Output erzeugt, damit Jede_r an den Ergebnissen teilhaben kann. Es ist unser Ziel,
554 dass nach jedem Kommissionswochenende von jeder Kommission ein Ergebnis
555 vorliegt, die gesichert und verbandsöffentlich publiziert werden.

556 Gleichzeitig nutzen wir unsere Kommissionswochenenden aber auch, um uns zu
557 vernetzen und uns gegenseitig auszutauschen. Außerdem möchten wir die
558 Kommissionswochenenden noch attraktiver für euch gestalten. Dazu führen wir
559 eine Evaluation durch, indem wir am Ende der Wochenenden Fragebögen
560 verteilen. Dabei ist das Ziel, dass wir die Wochenenden stärker auf uns
561 zuschneiden wollen und schauen, wo Optimierungsbedarf besteht. Die Ergebnisse
562 dieser Evaluation werden dann nach der Auswertung vorgestellt und in einer
563 Diskussion münden, wie wir die Wünsche und Kritik umsetzen können.

564 **Sozial is(t) Mus(s)**

565 Unsere Verbandszeitschrift Sozial is(t) Mus(s)! – kurz SIM – bietet den Mitgliedern
566 eine umfassende Informationsübersicht über die Arbeit der Jusos in Rheinland-
567 Pfalz. Was wird momentan diskutiert? Welche Themen sind aktuell und was treibt
568 die anderen Unterbezirke an? Nach dem großartigen Erfolg der Wiederbelebung

569 streben die Jusos eine Weiterführung der Verbandszeitschrift an. Hierzu soll
570 erneut ein starkes Redaktionsteam organisiert und aufgebaut werden, welches an
571 der regelmäßigen Erscheinung des SIM's arbeitet. Das Redaktionsteam ist fester
572 Bestandteil der Arbeit der Jusos Rheinland-Pfalz und bietet eine gute Möglichkeit,
573 sich in unserem Verband zu engagieren. Potenzielle Interessentinnen und
574 Interessenten sollen die Chance geboten bekommen, stetig in das Team
575 einsteigen zu können, sodass die Teilhabemöglichkeit stets offen ist.

576 **Regionalverbände**

577 Wir bekennen uns zu den Strukturen der Regionalverbände. Denn: Sie stellen ein
578 wichtiges Bindeglied zwischen Landesverband und Unterbezirken dar. Wir wollen,
579 nicht zuletzt im Hinblick auf die Bundestagswahl und darüber hinaus, das Potential
580 besser nutzen.

581 Es ist unser Wunsch, in den kommenden zwei Jahren mindestens eine
582 Veranstaltung in Kooperation mit jedem der drei Regionalverbände
583 durchzuführen. Über die Kooptierungen hinaus wollen wir versuchen, eine
584 gemeinsame Sitzung des Landesvorstands mit allen Regionalvorständen
585 durchzuführen, um unsere Aktivitäten besser aufeinander abzustimmen.

586 Außerdem haben wir die Motivation, themenbezogenen Input in die
587 Regionalverbände zu tragen.

588 **Schülis**

589 Wir freuen uns, dass wir die Juso Schüler_innen und Auszubildenden (kurz Schülis)
590 in RLP wieder reaktivieren konnten. Weiterhin werden wir diesen Aufbau und die
591 kommende Organisation mit einem Mitglied des Landesvorstandes und der
592 Landesgeschäftsführung unterstützen. Außerdem unterstützen wir die
593 Unterbezirke bei Gründungen von Schüli-Gruppen vor Ort und helfen diesen bei
594 der Vernetzung innerhalb von RLP. Aber auch außerhalb von RLP unterstützen wir
595 die Vernetzung der Schülis und werden dementsprechend weiterhin Delegierte
596 aus RLP zur jährlichen Schüli-Bundeskonferenz nach Berlin schicken.

597 Bei der Schüli-Struktur ist die Mitbestimmung die Beste: Das aktive Wahlrecht hat
598 man, ohne SPD/Juso-Mitglied zu sein, was für uns spricht und begeistern kann.
599 Somit sind wir eine Anlaufstelle für junge Menschen während ihrer schulischen
600 und beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Europa und Internationales

E1: Entwicklungspolitik neu denken

Zur Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress

Über humanitäre Beweggründe

1 Aktuell drohen über 20 Millionen Menschen in Jemen, Süd-Sudan, dem Nordosten
2 Nigerias, Somalia und weiteren aus dem statistischen Raster fallenden Regionen
3 wie in Uganda akut zu verhungern. Was für sich schon ein unmittelbares Problem
4 bisher unvergleichbaren Ausmaßes konstatiert, ja die tatsächlich größte
5 humanitäre Katastrophe seit Ende des zweiten Weltkrieges überhaupt, ist
6 gleichzeitig Folge und Mahnmal eines schlichtweg skandalösen Scheiterns der
7 internationalen Gemeinschaft als Ganzes.

8 Eine Person, die im 21. Jahrhundert durch Unterernährung, mangelndem/
9 verschmutzten Wasser oder einer einfach heilbaren Krankheit stirbt, wird
10 ermordet durch das tiefsitzende Versagen der ihr umgebenden Systeme. So
11 sterben täglich 57.000 Menschen, (darunter 16.000 Kinder) allein durch Hunger,
12 jährlich insgesamt 20 Millionen als Folge dieses Systemversagens.

13 Für viele Jahrzehnte haben die Gesellschaften des Globalen Nordens vor sich her
14 gelebt und weggeschaut, während um sie herum der Rest zu hunderten Millionen
15 dahingerafft wurde. Aus kollektiver Ignoranz wird Massenmord. Es lässt sich von
16 einer neuen „Banalität des Bösen“ sprechen.

17 Die jetzigen Hungersnöte - bei weitem nicht die ersten, sind nur grausames Omen
18 einer noch viel größeren bevorstehenden Hungersnot in der Subsahara in den
19 kommenden 25 Jahren, die dann mit allerhöchster Wahrscheinlichkeit aufgrund
20 der gleichen mannigfaltigen Fliehkräfte eintreten wird, wenn sich am status-quo
21 nichts verändert.

22 Sogar die „Auslandsinformationen“ der Konrad-Adenauer-Stiftung hat das
23 feststellen müssen. Es droht nicht weniger als ein gewaltiger Exodus, der alle
24 bisherigen menschlichen Tragödien in absoluten Ausmaßen in den Schatten
25 stellen wird.

26 Wo aber bleibt der Aufschrei der Gesellschaften, der die Säulen der globalen
27 politischen Ordnung ins Wanken bringt!? Noch lassen sich die notwendigen
28 Maßnahmen rechtzeitig in Gang setzen, um diese und andere Katastrophen
29 abzuwenden - doch die Zeit wird knapp. Die Instrumente liegen auf dem Tisch, und
30 es ist ein ethischer Imperativ für die Weltgemeinschaft, diese endlich richtig und
31 bis zu ihnen realen Kapazitätsgrenzen einzusetzen und auszubauen.

32 Dafür muss Entwicklungspolitik radikal umgedacht, mit anderen Themenfeldern
33 wie Außen- und Sicherheitspolitik stärker verknüpft und hoch auf die nationale
34 wie internationale politische Agenda gesetzt werden.

35 Überall den Teufel an die Wand zu malen wäre undifferenziert statt konstruktiv –
36 trotzdem formiert die Gemengelage alter wie neuer Probleme besonders in der
37 Sub-Sahara gefährliche Fliehkräfte, welche neben Hungersnöten auch andere
38 Ausprägungen zeigen, wobei weite Teile der Gesellschaft in Armut,
39 Vernachlässigung und Agonie drohen zurückgelassen zu werden.

40 Es zeigt sich deutlich, dass die Welt mit alarmierender Stetigkeit in neue Krisen
41 taumelt ohne die Aktuellen gelöst zu bekommen.

42 **Die Zwischenbilanz**

43 Zweifellos gibt es Erfolge zu verbuchen. So ist die relative Armutsrate auf einem
44 historischen Tiefstand, ebenso die Kindersterblichkeit, Malaria ist auf dem
45 Rückzug.

46 Weite Teile Asiens und Lateinamerikas erlebten in den letzten Jahrzehnten
47 gewaltige wirtschaftliche und demokratische Aufstiege, welche sich trotz Hürden
48 langsam zu konsolidieren scheinen. Und auch wenn die Stabilität Westafrikas
49 überschätzt wird, so ist auch hier die Zahl der Konflikte stark gesunken.

50 Doch hat die Globalisierung für zahlreiche Verlierer gesorgt. Besonders die Länder
51 der Sub-Sahara und Teile Süd-Ost-Asiens hielten dem neuen globalen
52 Konkurrenzdruck und Preisdumping nicht stand. Wo jetzt einige jener Länder
53 grade im ASEAN-Raum wie Vietnam rapide aufschließen, so drohen immer noch
54 viele Länder als Ganze oder Regionen innerhalb wie z.B. Nord-Nigeria oder Teile
55 Indonesiens zurückzubleiben. Der Ökonom Paul Collier spricht von der „untersten
56 Milliarde“. Neben zahlreichen politischen Faktoren entscheidet kapitalistische
57 Verwertungslogik, welche Menschen in welchem Land aufsteigen und welche
58 zurückbleiben.

59 Auch sind die absoluten Armutszahlen weiterhin erschreckend. Fast 800 Millionen
60 Menschen leben immer noch in extremer Armut, was heißt unter der willkürlichen
61 Grenze von aktuell 1,90 USD/Tag, ein Drittel davon in Afrika. Doch fast noch
62 markanter ist es, dass die Hälfte der Menschheit unter 3 USD/Tag lebt, also immer
63 noch in Armut, wo acht Superreiche etwa so viel besitzen wie sie alle zusammen!

64 Für uns ist klar: So kann es nicht weitergehen! Nicht nur Entwicklungspolitik,
65 sondern auch die Öffentlichkeit muss sich die Frage der globalen Gerechtigkeit
66 stellen.

67 **Afrika: Krisen und Chancen**

68 Seit 1980 ist Sub-Sahara Afrika nicht reicher geworden. Was an
69 Entwicklungsgeldern und Gewinnen beim Rohstoffexport reinkommt, geht in
70 Form von Konflikten, allem voran Bürgerkriegen sowie durch Kapitalflucht wieder
71 verloren. Insgesamt fließt privates Kapital um über das doppelte aus dem
72 Kontinent hinaus als hinein. Das Land Südafrika ausgenommen entspricht das
73 Bruttoinlandsprodukt des gesamten Wirtschaftsraums von ca. 900 Millionen
74 Menschen dem von Belgien mit gerade einmal 11,2 Millionen. Eine zuverlässige
75 Schätzung geht zudem davon aus, dass die gesamte Entwicklungszusammenarbeit
76 bloße +1% an Wachstum in den nächsten 30 Jahren dort erreichen wird - in einer
77 fast nicht existenten Wirtschaft mit riesigem informellem Sektor. Über ein halbes
78 Jahrhundert Entwicklungszusammenarbeit hat nicht den bitter nötigen
79 Aufschwung für die Menschen erreicht.

80 In Afrika steigt absolute Armut wieder an. Darüber hinaus wird sich Afrikas
81 Bevölkerung bis 2050 verdoppeln, Ende dieses Jahrhunderts womöglich
82 vervierfachen. Gleichzeitig steigt die landwirtschaftliche Produktivität nicht. Durch
83 den Klimawandel sinken die Niederschlagswerte, Niederschlagsschwankungen
84 erhöhen sich, die Wüste breitet sich unermüdlich aus, jährlich gibt es
85 Dürreperioden durch das Wetterphänomen El Niño, was die Verödung ganzer
86 Landstriche zur Folge hat.

87 Alle diese Faktoren kombiniert scheint die bereits prognostizierte große
88 Hungersnot bzw. eine malthusianische Katastrophe für nahezu unausweichlich,
89 wenn wir nicht den notwendigen politischen Willen aufbringen können, sie zu
90 verhindern. Andererseits vollziehen sich auch positive Entwicklungen. Der leichte
91 Rückgang repressiver Regime, der Rückgang extremer Armut, vermehrter Zugang
92 zu unabhängigen Informationsquellen und ein möglicher „afrikanische Frühling“
93 durch Afrikas immer vernetztere und engagiertere Jugend. Nur dürfen wir diese
94 Bewegung nicht wie beim arabischen Frühling einfach hängen lassen, sondern
95 müssen mit ihr Seite an Seite die Zukunft erobern!

96 **Neue Chancen mit den nachhaltigen Entwicklungszielen**

97 Die 2016 in Kraft getretenen „Sustainable Development Goals“ (SDGs) haben
98 endlich mit dem Geber-Nehmer-Schema gebrochen, was die Notwendigkeit von
99 Partnerschaften auf Augenhöhe bekräftigt. Für das Jahr 2030 legen sie 17 konkrete
100 wie ambitionierte Ziele, beispielsweise das Ende extremer Armut und Hunger fest,
101 die punktuell in praktisch jeden Politikbereich hineingreifen – auch hierzulande.
102 Denn der Globale Norden lässt ebenso in Hinblick auf Nachhaltigkeit gelinde
103 gesagt zu wünschen übrig. Wie es bereits Beschluss F4 des Juso-Bundeskongresses
104 von 2015 sagt, begreifen wir die nachhaltigen Entwicklungsziele als Chance für
105 eine neue Dimension an internationaler Zusammenarbeit für ein besseres
106 Morgen! Die internationale Gemeinschaft muss sich nach all der schönen Rhetorik

107 jetzt auch tatsächlich dazu durchdringen Taten folgen zu lassen, wenn wir die SDGs
108 nicht wie die vorangegangenen MDGs verfehlen wollen!

109 **Entwicklungspolitik als ein Kernelement internationaler Solidarität**

110 Entwicklungspolitik ist für uns ein Bestandteil im Rahmen unseres Strebens nach
111 internationaler Solidarität. Individuelle Selbstbestimmung und Selbstentfaltung,
112 Menschenrechte, Frieden und Prosperität für Alle sind Ausschnitte eines
113 umfangreichen Wertekatalogs für eine bessere Zukunft, die wir gemeinsam
114 erstreiten wollen.

115 **Internationale Solidarität in allen Ausprägungen entfachen**

116 Es bedarf eines holistischen Gesamtkonzeptes, einem `Masterplan`, welcher den
117 mannigfaltigen Anforderungen gerecht wird, jene Zukunft zu erwirken. Dieser
118 Antrag soll die Grundzüge der hierzu nötigen entwicklungspolitischen sowie in
119 begrenztem Maße außen-, sicherheits- und handelspolitischen Komponenten
120 formulieren – damit explizit vorangegangene Beschlusslagen zu
121 Entwicklungspolitik ablösen.

122 **Weg vom Almosendenken – Hilfe zur Selbsthilfe!**

123 Das Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ mag sich normativ/theoretisch schon in der
124 Frühgeschichte von Entwicklungspolitik, also auch der Agenda des BMZs etabliert
125 haben, jedoch ist es in vielen Bereichen bis heute absolut nicht wiederzufinden,
126 wie es der entwicklungspolitische Zusammenschluss „Bonner Aufruf“
127 richtigerweise argumentiert.

128 Die Förderung von Eigeninitiative („empowerment“) wurde und wird
129 vernachlässigt, was unweigerlich dazu führte und führt, dass örtliche
130 Bevölkerungen ihre Probleme oft nicht alleine lösen können und daher dazu
131 verdammt sind auf `Almosen` von außen angewiesen zu sein. Diesen
132 Apathiezyklus gilt es zu durchbrechen! Den Leuten die Mittel bereitzustellen, sich
133 eine Zukunft aufzubauen ist der menschenwürdigste und effektivste Weg!

134 Wir fordern:

- 135• Eine massive Bildungs- und Eigenverantwortungsinitiative, also mit
136 Entwicklungszusammenarbeit gezielt und wesentlich stärker individuelle und
137 gesellschaftliche Eigenanstrengungen zu stärken, sich selbst zu helfen. Entwicklung kann
138 nur gemeinsam mit den Menschen funktionieren!
- 139• Eine Entschuldungsoffensive nach Beschlusslage A26 des SPD-Parteitag 2015
- 140• Mit entwicklungspolitischen Maßnahmen die systemischen Ursachen, die Armut
141 produzieren und reproduzieren zu bekämpfen statt nur Symptome
- 142• Bewiesen ineffektive Hilfsprojekte und Organisationen von staatlicher Förderung
143 auszunehmen, um Anreize zur Effizienzsteigerung zu schaffen

- 144• Entwicklungsgelder ausschließlich gegen Fluchtursachen statt gegen Flüchtlinge (z. B.
145 Grenzschutz) einzusetzen
- 146• Einen massiven Ausbau von Mikrokreditdienstleistungen (z.B. der Grameen Bank) und
147 Mikroversicherungen unter fairen Konditionen, hier ggf. einen Fond/ eine Public-Private-
148 Partnership (PPP) aufzubauen, die durch Unterstützung an die betreffenden Firmen die
149 Zinsrate bzw. die Beitragshöhe für die Betroffenen senkt sowie eine schnellere
150 flächendeckende Etablierung und damit besseren Zugang erlaubt
- 151• Wirtschaftspolitische Maßnahmen, die einen ökonomischen Entwicklungs- und
152 Modernisierungsprozess in Gang setzen, anstatt die inländische Wirtschaft durch
153 Überflutung von Dumpingimporten gegen die Wand zu drücken

154 **Gezielte Reformpartnerschaften - gute Regierungsführung als Garant für**
155 **gelingende Entwicklung**

156 Nach den Unabhängigkeitswellen im Rahmen der De-Kolonialisierung der
157 Nachkriegszeit ist die erhoffte daran anknüpfende Demokratisierungswelle nicht
158 eingetreten. Auch nach Ende des kalten Krieges und dem Zerfall der Sowjetunion,
159 wo manche Experten das „Ende der Geschichte“ durch erwartete Domino-Effekte
160 im Hinblick auf Demokratisierung in Drittstaaten propagiert haben, ist nicht
161 eingetreten. Auf freie Märkte und zivilisatorischen Fortschritt folgt nicht
162 zwangsläufig Demokratie. Die Modernisierungstheorie hat sich damit als falsch
163 erwiesen, doch Resterscheinungen geistern weiter durch die akademische Sphäre.

164 Der „Wettlauf der Systeme“ läuft in anderer Form weiter – nicht zuletzt gegen
165 China. Im Falle der Sub-Sahara haben wir es oft mit autokratischen wie korrupten
166 Oligarchien zu tun, die die Reichtümer des Landes ungestört unter sich aufteilen,
167 während der Rest seiner Umstände überlassen wird. Zur Machterhaltung halten
168 sie die Leute in Apathie und Unwissen.

169 Auch wenn Wahlen in den meisten Staaten offiziell durchgeführt werden, so sind
170 sie, wie die weiterstehend vernichtenden Wahlbeobachterberichte von der UN
171 und der OECD deutlich darlegen gefälscht, also nur bloßer Schein und
172 Legitimierungsquelle. Den internationalen Medien Gewaltenteilung und freie
173 Wahlen vorzugaukeln bei gleichzeitig euphemistischer Rhetorik ist Teil des
174 Repertoires dieser eingespielten Machtcliquen.

175 Bis heute kommt das Geld zur Armutsbekämpfung gar nicht oder nur zu Teilen bei
176 den Betroffenen an. Oft versickert es in Korruptionskanäle, in denen man es nie
177 wieder sieht. Erfolgreiche Entwicklung setzt voraus, dass die Regierung sie auch
178 will und die dafür nötige Transformation in Gang setzt.

179 Politisches Handeln muss den Prinzipien der Transparenz, der
180 Rechenschaftspflicht und des demokratischen Prozesses folgen. Vieles hiervon
181 wurde von den Machtcliquen auch nur geheuchelt bzw. vorgetäuscht, um weitere
182 Budgethilfen zu erhalten um sich an ihnen selbst zu bereichern.

183 Die Bedeutung guter Regierungsführung in Bezug auf gelingende nachhaltige
184 Entwicklung kann fast nicht überbetont werden. Es hat sich gezeigt, dass trotz all
185 der strukturellen Nachteile eine gewillte Reformregierung die Armut allein
186 schon mit eigenen Mitteln in kurzer Zeit effektiv mildern kann. Dabei müssen wir
187 unter anderem auch mit technischer Assistenz dabei unterstützen, ihre Probleme
188 eigenständig zu lösen. Eine Reformregierung ist eine höchst wertvolle Chance
189 für das Land – sie muss genutzt werden.

190 Auch muss die Zivilgesellschaft über rechtlich bindende Kontrollgremien in dem
191 heiklen Prozess des Budgetmanagements beteiligt sein.

192 Besonders Gewinne aus dem Bereich Ressourcenabbau sind in den Händen jener
193 Gremien meist besser aufgehoben. Beispielsweise hat das sogenannte „Collège de
194 Contrôle et de Surveillance des Ressources Pétrolières“ (CCSRP) mit der
195 öffentlichen wie transparenten Verwaltung der Gewinne aus der Tschad-Kamerun
196 Ölpipeline die Armutsraten beträchtlich senken können, bis es durch die
197 Regierung später systematisch ausgehebelt und entmachtete wurde.

198 Wir fordern:

- 199• Besonders Länder mit Reformregierungen/ demokratisch gesinnten Regierungen
200 wesentlich stärker durch zunächst technische Hilfe und wenig später finanzielle Mittel
201 langfristiger als bisher zu unterstützen, sodass sie sich behaupten können und eine
202 erfolgreiche demokratische
203 Transformation des politischen Systems gelingen kann. Gleichzeitig soll aber auch die
204 Entwicklungszusammenarbeit gerade in anderen am wenigsten entwickelten Ländern
205 (LDCs) nicht vernachlässigt werden, jedoch muss besonders hier die wirksame
206 Budgetkontrolle gewährleistet sein. Da dies zumeist nicht der Fall ist müssen
207 zivilgesellschaftliche Organisationen hier ihr Engagement intensivieren
- 208• Schuldenerlasse für Länder mit Reformregierungen zeitlich zu priorisieren
- 209• Den Stopp an Krediten wie Schenkungen in Form von Budgethilfen an hochkorrupte
210 Staaten und die Abhängigkeitsmachung der Zuwendungshöhen von rechtstaatlichen,
211 demokratischen und transformativen Kriterien wie Korruptionsbekämpfung
- 212• Eine mittelfristige Umleitung von Krediten und Entwicklungsprojekten von
213 Schwellenländern auf LDCs, bzw. jene in LDCs gezielt aufzustocken und mehr technische
214 Hilfe zu leisten
- 215• Das Feld der Autokratieforschung konkret mit Internationale Beziehungen,
216 Transformationsforschung und Entwicklungspolitik zu verknüpfen und somit konkrete
217 außenpolitische Strategien zu entwickeln, Autokratien zu unterminieren bei gleichzeitig
218 effektiver Hilfe für die unterdrückten Bevölkerungen
- 219• Die Schaffung von mehr Stellen für Berater zu technischer Assistenz
- 220• Partnerschaften auf Augenhöhe, aber ohne falsche Toleranz gegen offen eigennütziges
221 Verhalten der Regierung und unter Einsteher für die eigenen Werte
- 222• Die Durchsetzung des parlamentarischen Budgetrechts bei politischen
223 Reformierungsprozessen zu priorisieren, da transparente Budgetverwaltung ein
224 Schalthebel für weiteren Fortschritt ist

- 225• Die Einsetzung unabhängiger zivilgesellschaftlicher Budget- und Kontrollgremien ähnlich
226 des CCSRP, die Gewinne aus der Wirtschaft öffentlich und transparent zur Finanzierung
227 effektiver Projekte zur Armutsbekämpfung einsetzt
- 228• Die Erweiterung von Evaluationsmaßnahmen von Regierungsarbeit und
229 Projekteffektivität. Der Erfolg muss stärker überprüft werden
- 230• Infrastrukturprojekte nur in jenen Ländern durchzuführen, in denen bereits früher
231 errichtete Anlagen dauerhaft instandgehalten wurden

232 **Handelspolitik grundlegend neu ausrichten**

233 Es ist harte Realität, dass Süd-Süd Handel weiterhin nur einen sehr kleinen Anteil
234 im Kontrast zu Nord-Süd Handel ausmacht und in absehbarer Zeit nur
235 unwesentlich steigen wird. Währenddessen werden, stark simplifiziert, immense
236 Mengen an Rohstoffen seitens Entwicklungsländern exportiert und verarbeitete
237 Produkte von Schwellenländern und dem Globalen Norden importiert, jedoch
238 unter extrem unfairen Konditionen („bad terms of trade“). Beispielsweise
239 produziert Afrika 75 Prozent des Kakaos auf der Welt, bekommt aber nur zwei
240 Prozent des Gewinns! Nicht zuletzt sind unsere Lebensweisen und
241 Arbeitsbedingungen nur dadurch möglich geworden, dass die
242 Bevölkerungsmehrheiten des Globalen Südens unter katastrophalen Bedingungen
243 für miserable Bezahlung arbeiten müssen. Die Produkte dieser Arbeit werden
244 dann zu ausbeuterischen Konditionen zu uns importiert und weiterverarbeitet,
245 sodass das eigentliche gesamte Arbeitsaufwand derer Produkte, die wir
246 konsumieren um ein vielfaches höher ist als Unserer.

247 Diese strukturelle Asymmetrie führt dazu, dass der Globale Süden pro Jahr ca. 1,3
248 Billionen USD vom Norden erhält, während aber zugleich umgekehrt 3,3 Billionen
249 an den Norden gehen. Es ergibt sich demnach ein Minus von 2 Billionen USD zu
250 Lasten des wesentlich bevölkerungsreicheren Globalen Südens. Die 125 Milliarden
251 an weltweiten Hilfsgeldern sind dabei logischerweise nur der Tropfen auf dem
252 heißen Stein - die „Hilfe“ fließt sozusagen umgekehrt! Nur wenn wir uns das
253 eingestehen, kommt die Debatte um Entwicklungszusammenarbeit und
254 Handelspolitik weiter.

255 Wir leben also nicht nur über unsere eigenen Verhältnisse, sondern auch über die
256 der Anderen! Wie schon zu Urzeiten der menschlichen Geschichte kommt es so zu
257 verbitterten Verteilungskämpfen um einfachste materielle Bedürfnisse, während
258 die Wenigen in absurdestem Luxus leben. Die soziale Ungleichheit in Deutschland
259 ist seinerseits in ein Weltungleichheitssystem eingebettet.

260 Wir fordern:

- 261• Fairer Handel vor Freihandel!
- 262• Globale Umverteilung vom Globalen Norden zum Globalen Süden!
- 263• Die langfristige Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung!

- 264• Die faire und gerechte Integration des globalen Südens in die globale Wirtschaft, die lokale
265 wie nachhaltige Wertschöpfungsketten und gut bezahlte Arbeitsplätze im formellen
266 Sektor aufbaut statt auf kurzfristige Gewinne abzu zielen
- 267• Den Stopp von aktuellen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) und faire
268 Neuverhandlungen dieser, sodass sie dem Globalen Süden tatsächlich nutzen, statt ihn
269 auszubeuten! Hierzu gehört ein Stopp des Privatisierungsdrucks (besonders der
270 öffentlichen Daseinsvorsorge) und die strikte, rechtlich bindende Koppelung von EPAs an
271 Nachhaltigkeitskriterien sowie Arbeits- und Umweltstandards
- 272• Handelspolitische Maßnahmen in ein integriertes Gesamtkonzept einzubetten
- 273• Jene lokale Produktion zu schützen, die vor äußerem Konkurrenzdruck nicht standhalten
274 kann
- 275• Weitreichende Demokratisierung und Reformierung der internationalen
276 Handelsinstitutionen, besonders der WTO. Den Stimmen des Globalen Südens muss
277 Gehör verschafft werden. Der Privatisierungs- und Liberalisierungsdruck muss aufhören!
- 278• Die strukturelle Besserstellung von Nicht-Industrieländern (Gruppe 77), besonders der am
279 wenigsten entwickelten Länder (LDCs) in jenen Handelsinstitutionen
- 280• Die Einführung einer Freihandelsabgabe zur Finanzierung von
281 Entwicklungszusammenarbeit
- 282• Die zeitliche Ausweitung (neu) erteilter Marktzugangsgenehmigungen beim US-
283 amerikanischen Handelsgesetz „Africa Growth and Opportunity Act“ (AGOA) für erhöhte
284 Planungssicherheiten. Bestenfalls soll der Zugang afrikanischer Länder auf den US-
285 amerikanischen Markt wie beim europäischen Abkommen „Everything but Arms“ (EBA)
286 für alle gelten

287 **Ländliche Entwicklung und Agrarsektor priorisieren**

288 In Afrika gehen weniger als 10 Prozent der Budgets der Entwicklungsprogramme
289 an ländliche Gebiete, in denen jedoch fast 80 Prozent der Bevölkerung leben. Fast
290 alle sind sie in der Landwirtschaft tätig (Subsistenzwirtschaft). Der Ansatzpunkt
291 muss es also sein, das Engagement auf das Land um zu verlegen um für mehr
292 Menschen Perspektiven zu schaffen. Dadurch soll Landflucht reduziert werden,
293 welche Slumbildung um die Städte herum verschlimmert, unter katastrophalen
294 Bedingungen, wie sie beispielsweise in Lagos oder Nairobi zu beobachten sind.
295 Etwa 860 Millionen Menschen leben in Slums, weil 1. Die Städte bei der Planung
296 versagen, 2. Die Ressourcen, um in der Stadt oder auf dem Land Strukturen und
297 Arbeitsplätze zu schaffen fehlen und 3. Ländliche Entwicklung grotesk
298 vernachlässigt wurde.

299 Wir fordern:

- 300• Den Fokus der Entwicklungszusammenarbeit auf ländliche Entwicklung und mit in
301 Grundbedürfnissen zusammenhängenden Bereichen wie Wasser oder Landwirtschaft zu
302 lenken
- 303• Ein internationales Verbot von Nahrungsmittelspekulation
- 304• Entwicklung und Umweltschutz nicht gegeneinander auszuspielen

- 305• Durch Ertragssteigerung und wirtschaftliche Modernisierung höherwertige
306 Beschäftigungsmöglichkeiten abseits des primären Sektors zu schaffen
- 307• Weitere Machbarkeitsstudien zu einer transafrikanischen Wasserpipeline (in Anlehnung
308 an die der „Trans Africa Pipeline Inc.“) und den Aufbau einer multilateralen Allianz zur
309 Konstruktion und Aufrechterhaltung dieser. Durch den Wassermangel und das gänzliche
310 Fehlen von Alternativen hängen von ihrem Bau hunderte Millionen Leben ab!
- 311• Die ambitionierte Wiederaufnahme des Wüstenstromprojektes „Desertec“ des Club of
312 Rome mit dem Versuch, die Energiekonzerne wieder ins Boot zu nehmen. Neben Europa
313 müssen auch ländliche Gebiete Afrikas profitieren
- 314• Die weitere Voranbringung der „Great Green Wall of the Sahara and the Sahel Initiative“,
315 eines Vorhabens der Afrikanischen Union, welches mit gezielter Bepflanzung und
316 ökologischer Landwirtschaftsförderung in der Sahelzone die Ausbreitung der Wüste
317 ausbremsen soll

318 **Kleinbauern vor Unabhängigkeitsverlust schützen: nein zu GMOs!**

319 Kleinbauern produzieren unabhängig der Ausbreitung großer Agrarkonzerne
320 weiterhin insgesamt über 70% aller Nahrungsmittel dieses Planeten. Um regionale
321 Nahrungsversorgung sicherzustellen müssen einerseits ihre Unabhängigkeit vor
322 besagten Agrarkonzernen bewahrt werden und andererseits es ihnen ermöglicht
323 werden, vorzugsweise selbst und möglichst ökologisch verträglich
324 ertragssteigernde Maßnahmen zu ergreifen.

325 Hierbei sind GMOs ein trügerischer, kurzfristiger `fix` für die tiefliegenden
326 Probleme in der Landwirtschaft. GMOs zu benutzen heißt, kurzfristig das Symptom
327 der sinkenden Erträge zu kompensieren und langfristig durch Zerstörung der
328 Biodiversität und potentiell gesundheitliche Risiken in Kauf zu nehmen.
329 Stattdessen müssen die eigentlichen Ursachen behandelt werden. Abnehmende
330 Niederschlagsmengen bei zunehmenden Niederschlagsschwankungen lassen sich
331 durch Regensammelanlagen auszugleichen, statt durch GMO Samen die mit
332 weniger Wasser auskommen trotzdem an anderer Stelle Wassermangel zu
333 erleiden. Durch natürliche Düngung, Flurbereinigung und langlebiger wie einfach
334 zu wartender technischer Ausrüstung lassen sich ebenso landwirtschaftliche
335 Erträge erheblich steigern, während langfristige Kosten niedrig und hiervon
336 ausgehende Gefahren praktisch bei null liegen.

337• Weiteren Einsatz gegen GMOs unter gleichzeitiger Voranbringung anderer Methoden, die
338 Nahrungsmittelproduktion nachhaltig zu steigern

339• Neben Ernährungssicherheit („food security“), also gesicherter Nahrungsversorgung auch
340 Ernährungssouveränität („food sovereignty“), also die Unabhängigkeit und
341 Selbstbestimmung von Nahrungsproduktion in den Fokus zu nehmen und im politischen
342 Prozess miteinander zu kombinieren

343 **Warum wir eine koordinierte Anti-Landraub-Initiative brauchen**

344 Natürlich kann die inländische Wirtschaft am Export von Agrarprodukten
345 profitieren. Investitionen von außerhalb in den Agrarsektor können situativ Sinn
346 machen, doch muss vor allem gewährleistet sein, dass die Bevölkerung (dadurch)
347 nicht hungert und davon direkt profitiert. Zumeist ist aber beides schlichtweg nicht
348 der Fall.

349 So werden massenhaft die fruchtbarsten Flächen, die entweder der Regierung
350 gehören oder diese unrechtmäßig an sich reißt an ausländische Investoren
351 verkauft bzw. verpachtet, sei es in Afrika, Asien, Lateinamerika oder zu Teilen in
352 Osteuropa. Die Ausmaße sind gewaltig und vergrößern sich zunehmest. Kampf
353 gegen Hunger heißt Kampf gegen Landraub! Er muss effektiv, aber entgegen
354 anderer Projekte nicht zwingend effizient verlaufen.

355 Wir fordern:

356 Die Schaffung einer europäischen/offen multilateralen (über das Committee on World
357 Food Security (CFS)) Anti-Landraub-Initiative unter enger Einbindung der Food and
358 Agricultural Organisation (FAO) für Afrika sowie Teile Asiens und Lateinamerikas

359○ Die Nutzungsflächen durch einen gemeinsamen Topf, der sich neben externen
360 Finanzquellen idealerweise aus den Ersparnissen von abbauenden Agrarsubventionen
361 speist, entweder ankauft oder wenn nötig nur pachtet, um Grundnahrungsmittel für die
362 örtliche Bevölkerung statt „cash-crops“ für den Export anzubauen.

363○ 2. Die Verwaltung soll über ein neu geschaffenes EU-Gremium und der FAO erfolgen, oder
364 aber durch die ursprünglichen Besitzer, denen ihr Land genommen wurde bei Anbietung
365 von Unterstützung durch die FAO, des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen
366 (UNEP) usw.

367○ 3. EPAs sollen eine Klausel enthalten, die ausdrücklich die Nutzung von Anbauflächen für
368 den Export untersagt, bis der Hunger beendet ist!

369○ 4. Westliche Länder, explizit die USA als größter Land-Grabber sowie Großbritannien,
370 Kanada und die Niederlande sollen Landraub einstellen, indem sie entweder

371● Die Firmen unter der Initiative verstaatlichen

372● Den Firmen Entschädigungszahlungen dafür anbieten die betreffenden Anbauflächen der
373 Initiative zu übergeben (ggf. unter Überlassung der Maschinen) im Rahmen eines
374 Vertrages, der in den von der Anti-Landraub-Initiative abgesteckten Gebieten den
375 weiteren Anbau von cash crops verbietet

376● Unter einer Public-Private-Partnership (PPP) die Firmen Grundnahrungsmittel für die
377 Bevölkerung anbauen lassen

378○ 5. Die Opfer von Landraub sollen ihr rechtmäßig zustehendes Land zurückbekommen und
379 Unterstützung zur Ertragssteigerung angeboten bekommen

380○ 6. Für die Auswahl zu übernehmender Flächen soll unter anderem die Datenbank der
381 „Land Matrix“, das „Web of Transnational Deals“ verwendet werden, welches Landraub
382 systematisch erfasst.

383● Und damit: Die Auflösung von cash-crop Exportketten, von denen die Bevölkerung als
384 Folge Hunger erleidet und/oder nicht unmittelbar profitiert.

385 **Multinationalen Konzernen entgegentreten**

386 Doch ist Kampf um lebenswichtige Ressourcen nicht nur auf Anbauflächen oder
387 Nahrungsmittel beschränkt. Ähnlich umkämpft ist Wasser. Der Großkonzern
388 Nestlé pumpt unter Anderem in Äthiopien ca. 280.000 Liter Wasser aus dem
389 Boden, um es in Flaschen dann abzutransportieren, während das Land mit seinen
390 bisher schwersten Dürreperioden zu kämpfen hat. Die Anlage wird von 50
391 äthiopischen Soldaten bewacht, denn die Bürger sind zurecht wütend.

392 Ähnliche humanitäre Katastrophen gibt es durch Öl. Beispielsweise hat Shell
393 massiv in Bohranlagen und Pipelines in Nigeria „investiert“. Der wirtschaftliche
394 Nutzen mag durchaus bestehen. Doch wird er überschattet durch vielfache
395 massive Ölverschmutzungen und folglich Beeinträchtigungen für die Umwelt, die
396 tausende Menschenleben forderten!

397 Es sind nur Ausschnitte eines völlig außer Rechtsräumen und grundlegendem
398 Anstand agierenden internationalen Raubtierkapitalismus, der die Armen dieser
399 Welt ausbeutet.

400 Wir fordern:

401• Die Bohranlagen müssen Wasser für die durstende Bevölkerung, nicht für ökonomische
402 Raffgier der Konzerne zu Tage fördern

403• Die Ölverschmutzungen in Nigeria und anderswo müssen aufhören. Entschädigungen
404 müssen für die Betroffenen fällig werden

405• Es müssen international die rechtlichen Grundlagen dafür geschaffen werden, die
406 Verantwortlichen von diesen und anderen Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. Die
407 Stärke des Rechts muss sich global durchsetzen können

408• Und damit: Die Fortführung der Bemühungen um die Durchsetzung des „UN Corporate
409 Accountability and Human Rights Treaty“ zur rechtlichen Kontrolle von multinationalen
410 Konzernen

411 **Sicherheitspolitik für Alle: a matter of INTERnational security**

412 Neben UN-Mandaten mangelt es bis heute chronisch an finanziellen Mitteln und
413 politischer Initiative zur Lösung von Konflikten aller Art, da bis vor kurzem
414 besonders jene in Afrika inhärent regional waren und daher höchstens marginal
415 mit der Sicherheitslage der Länder des globalen Nordens zusammenhangen. Das
416 Leid der Menschen anderswo ging in der Turbulenz des hiesigen politischen
417 Tagesgeschäftes meist unter, worauf zivilgesellschaftlicher Druck zu verstärktem
418 Engagement fehlte. Stets standen bei Bürgerkriegen, Stellvertreterkriegen,
419 Putschen, Rebellionen und Terror die Implikationen auf eigene Sicherheit statt
420 derer der hauptsächlich Betroffenen im Vordergrund.

421 Wo jetzt hingegen im Rahmen mannigfaltiger Globalisierungsprozesse Flucht nicht
422 mehr gänzlich durch Anbiederung an autokratische Staaten einzudämmen ist und
423 insbesondere Afrika nun neben dem nahen/mittleren Osten zum „Nistplatz“ für
424 Terror wird, besteht auf einmal wieder Interesse daran für die Länder konkrete

425 Lösungen zu entwickeln, die man für die längste Zeit als bloße Absatzmärkte und
426 Almosenempfänger betrachtet hat.

427 Dabei ist die Verfolgung einer Politik der Menschlichen Sicherheit („Human
428 Security“) für diese Lösungen unerlässlich. Sie orientiert sich an der Sicherheit und
429 Würde des Individuums in Hinblick auf existentielle Gefahren – lokal wie global.
430 Unter anderem gehören persönliche Sicherheit, Ernährungssicherheit,
431 Versorgungssicherheit, wirtschaftliche Sicherheit, gesundheitliche Sicherheit und
432 Umweltsicherheit zu jenem umfassenden Sicherheitsbegriff. Sicherheitskonzepte
433 müssen mit und nicht gegen die betroffenen Länder verfolgt werden, also
434 Sicherheit für Alle miteingeschlossen sein statt durch ausschließlich militärische
435 Lösungen Symptombekämpfung zu betreiben und Gewaltspiralen zu verschärfen.

436 Wir fordern:

- 437• Kollektive Sicherheit mit den Betroffenen statt Abschottung!
- 438• Auf internationaler Ebene den konventionellen Sicherheitsbegriff im politischen Prozess
439 durch den erweiterten Sicherheitsbegriff der Menschlichen Sicherheit tatsächlich
440 abzulösen

441 **Aufschwung heißt Stabilität – Stabilität heißt Aufschwung**

442 Die Sicherheitslage auf der Welt hängt unmittelbar mit sozialen Belangen
443 zusammen. Diese sozialen Belange anzugehen ist die beste Konfliktprävention!
444 Denn politischer Konflikt droht in Verbindung mit Armut oft in einer Gewaltspirale
445 zu eskalieren, die nicht mehr ohne weiteres in den Griff zu kriegen ist. Die traurige
446 Chronik zahlreicher Konflikte zeigt das eindeutig.

447 Besonders in jüngerer Vergangenheit lässt sich eine Zunahme von Konflikt- und
448 Postkonfliktsituationen verzeichnen: Syrien, Irak, Afghanistan, Somalia, der
449 Nordosten Nigerias, die Darfur Region, Süd-Sudan, Mali, Jemen, Burundi, D.R.
450 Kongo – die Liste setzt sich fort.

451 Fast drei Viertel der Menschen in der Sub-Sahara haben in jüngster Zeit einen
452 Bürgerkrieg erlebt oder sind aktuell in einen verwickelt. Nur rund die Hälfte der
453 Länder, die einen Bürgerkrieg hinter sich haben, schafft es 10 Jahre ohne einen
454 neuen Krieg zu überstehen. Der durchschnittliche Schaden eines Bürgerkrieges in
455 der Sub-Sahara liegt neben zahlreichen Todesopfern und kaum in Worte zu
456 fassendem Leid bei 64 Milliarden USD pro Jahr. Da es über 10 Jahre gerechnet es
457 bis heute im Schnitt zwei Bürgerkriege mit durchschnittlicher Dauer von 7 Jahren
458 sind, liegt der Schaden bei grob 100 Milliarden USD pro Jahr. Das übersteigt schon
459 für sich das gesamte internationale Entwicklungsbudget um über das Doppelte!

460 Politischer Frieden allein führt keineswegs automatisch zu sozialem Frieden,
461 jedoch hängen sie reziprok zusammen: Wirtschaftlicher Aufschwung ist
462 gleichbedeutend mit Risikominderung eines erneuten Ausbruchs von Bürgerkrieg.
463 Dieser wird jedoch oft dadurch gehemmt, dass Regierungen nach Bürgerkriegen

464 das Militärbudget weiter erhöhen, statt von dem Geld Armut zu bekämpfen und
465 die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. So kaufte die Regierung Ugandas 2011
466 während einer Hungersnot für 740 Millionen USD sechs russische Jagdbomber
467 statt Grundnahrungsmittel. Zumeist sterben an diesen teils massiven
468 wirtschaftlichen Schäden, der Jahrzehnte vorangegangener
469 Entwicklungsfortschritte zunichtemacht mehr Menschen als durch den
470 eigentlichen Bürgerkrieg. Sie werden entweder hinreichend schnell repariert oder
471 ein erneuter Bürgerkrieg wird mit hoher Wahrscheinlichkeit eintreten!

472 So haben sich bereits viele Gewaltspiralen entfesselt, die die Weltgemeinschaft
473 übersehen oder schon wieder vergessen hat.

474 Wir fordern:

475• Präventive Verhinderung statt reaktive Schadensbegrenzung von Konflikten!
476 („Responsibility to Prevent“ + „Responsibility to React“)

477• Politische Lösungen erwirken, Konflikte zu beenden und das betreffende Land wieder auf
478 Kurs zu bringen

479• Langfristige Hilfe und Wiederaufbau statt kurzfristige Hilfspakete („Responsibility to
480 Rebuild“)

481• Nach Bürgerkriegen, Putschversuchen etc. (Postkonfliktsituation) der Regierung seitens
482 der EU eine Sicherheitsgarantie anzubieten unter der Bedingung, Militärausgaben
483 schrittweise auf ein stabilitätsgarantierendes Grundniveau zurückzufahren. Die
484 freiwerdenden Mittel sollen effektiv zur Armutsbekämpfung eingesetzt und nötige
485 Reformen durchgeführt werden, während militärischer Schutz der Regierung über ein
486 längeres Zeitmaß bis zur Stabilisierung des Landes gewährleistet wird

487• Konflikten vorbeugen – Terrorismus bekämpfen

488 Mit Al-Shabab in Somalia, Boko Haram in Nordost-Nigeria, Tschad, Kamerun und
489 weiteren Gebieten sowie Al-Kaida im Maghreb ist der internationale Terrorismus
490 auch in Afrika angelangt. Aufgrund sehr eingeschränkter Kapazitäten der Staaten
491 selbst wie auch der Vereinten Nationen oder der Afrikanischen Union alleine
492 dagegen vorzugehen, kann er sich fast problemlos dort halten. Besonders am Horn
493 Afrikas, wo durch Dürren und anhaltende Bürgerkriege die Lage sehr fragil und die
494 Verzweiflung der Menschen groß ist, droht weiten Regionen verstärkte
495 Radikalisierung.

496 Besonders in Somalia, welches seit 26 Jahren im Bürgerkriegszustand ist, wo
497 Fischer von außerhalb die Küsten überfischt haben und giftiger Müll dort
498 abgeworfen wurde verlor die von Fischerei stark abhängige Bevölkerung ihre
499 Lebensgrundlage. Wo im Norden jetzt Al-Shabab wütet und sich territorial
500 ausbreitet, während internationale Hilfe bis heute nur mäßig funktioniert blieb
501 Vielen nur noch Piraterie oder der Anschluss an Al-Shabab um nicht dem
502 Hungertod zu erliegen. Sechs Millionen Menschen, also über die Hälfte der
503 Bevölkerung sind Binnenflüchtlinge und direkt von humanitärer Hilfe abhängig, die
504 bei weitem nicht genügt. Weniger als 700 Millionen Euro sind es jährlich von

505 europäischer Seite. Und da die Allianzarmee der Afrikanischen Union aufgrund von
506 Budgetkürzungen ihre Truppenstärke nicht mehr halten kann, geschweige denn
507 Al-Shabab besiegen könnte, gewinnen die Terroristen an Kraft, während die
508 Bevölkerung für uns unvorstellbare existentielle Ängste durchlebt. Es wird
509 weggeschaut. Und wegen Notwendigkeit stärkerer humanitärer Hilfe in Nahost
510 wurden die Essensrationen noch gekürzt.

511 Es ist eines der extremen Beispiele, wie ein Land permanent im Chaos versinken
512 kann. Besonders Europas Aufgabe liegt darin, Maßnahmen zu ergreifen, die
513 betreffenden Länder zu stabilisieren. Das heißt eine nachhaltige Lösung sozialer
514 Belange, Schutz der Zivilbevölkerung und Vorgehen gegen Terrorismus bei
515 gleichzeitigem Kapazitätsaufbaus des betreffenden Staates, sodass er die Dinge
516 langfristig wieder eigenständig in die Hand nehmen zu kann.

517 Wir fordern:

- 518• Die Ursachen von Radikalisierung zu bekämpfen, vor allem durch Auflegung weiterer
519 zivilgesellschaftlicher Präventionsprogramme und gelingender nachhaltiger Entwicklung
- 520• Die Erwägung, durch ein Mandat der Afrikanischen Union unter anderem die Schnelle
521 Eingreiftruppe der EU (SET) zu logistischer Unterstützung humanitärer Einsätze,
522 Stabilisierungsmissionen, Errichtung von Sicherheitszonen und allgemein zum Schutz der
523 Zivilbevölkerung in den betreffenden Regionen einzusetzen
- 524• Den allgemeinen Kapazitätsaufbau von Staaten (z.B. Verwaltung) mit Ausnahme des
525 Militärs, sodass sie in Zukunft ihre Probleme eigenständig lösen können

526 **Zivile Organisationen stärken**

527 Bei Krisen und Problemen aller Art sind es zumeist Nichtregierungsorganisationen
528 (NGOs) bzw. Internationale Organisationen (IOs) anstelle der Staatenwelt, die als
529 erstes darauf reagieren. Unabhängig von öffentlicher Aufmerksamkeit und
530 politischem Klein-Klein gehen sie an die Arbeit. So ist es wichtig, dass ihre
531 Unabhängigkeiten bewahrt werden und mit den erforderlichen Mitteln
532 ausgestattet sind, diese Arbeit auch optimal machen zu können. Besonders die
533 wirtschaftlich starken Länder sind hier in der Pflicht, dies durchgängig zu
534 gewährleisten.

535 Zugleich stehen aber auch sie in der Verantwortung, die erhaltenen Mittel richtig
536 einzusetzen, statt sich mit flächendeckendem Aktionismus gegenseitig zu
537 überbieten.

538 Wir fordern:

- 539• Eine angemessene Finanzierung von NGOs/ IOs unter jeweils der Bedingung effizienter
540 Arbeitsweise der betreffenden Organisation
- 541• Die Kapazitäten der Vereinten Nationen (UN), der World Health Organisation (WHO), der
542 Food and Agricultural Organisation (FAO), des World Food Programme (WFP), der
543 International Labor Organisation (ILO) usw. massiv auszubauen, sodass die Reaktion auf

544 Krisen zumindest nicht gänzlich an politischem Vorbehalt oder fehlender internationaler
545 Aufmerksamkeit zu stocken droht

546 **Für eine wertegeleitete europäische Außenpolitik**

547 Wenn Europa tatsächlich eine Wertegemeinschaft sein möchte, so muss sie auch
548 für diese Werte einstehen. Die Zielsetzung den Menschen ein Leben in Frieden,
549 Würde und Prosperität zu ermöglichen muss sich nicht nur in der Innenpolitik,
550 sondern auch in der Außenpolitik widerspiegeln!

551 Wir fordern:

- 552• Außenpolitik und Internationale Zusammenarbeit dürfen nicht zum bloßen Werkzeug der
553 nationalen Interessenvertretung degradiert werden
- 554• Gleichberechtigung der Geschlechter, wie auch Menschenrechte und Demokratie nicht
555 als Kulturimperialismus, sondern als Teil eines weltweiten zivilisatorischen Grundstocks
556 zu begreifen und nach außen aktiver einzufordern
- 557• Ein weltweites Verbot von Genitalverstümmelung nach Beschlusslage G13 des Juso-
558 Bundeskongresses 2016
- 559• Die wichtige Rolle von Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit anzuerkennen und zu
560 fördern
- 561• Auf multilateralen Foren und internationalen Konferenzen Agenda-Setting für einen
562 vernetzten Entwicklungs- und Sicherheitsansatz zu betreiben

563 **Weiterführende Europäisierung von Entwicklungszusammenarbeit anpeilen**

564 Zunächst ist es zu begrüßen, dass sich im Rahmen eines Trialogverfahrens
565 zwischen Europäischem Parlament, der Kommission und den Mitgliedsstaaten auf
566 Neuausrichtungen des Politikfeldes verständigt wurden und damit der Diskurs
567 darum anhält. Jedoch bleibt abzuwarten, wie weitreichend und konkret die
568 Reformbemühungen werden. Es muss dazugesagt werden, dass es bereits
569 mehrerer solcher Neuausrichtungen gegeben hat, die wenig konkrete
570 Verbesserungen oder gar Verschlimmbesserungen mit sich brachten. Es sei hier
571 an den vorangegangenen Europäischen Konsens zu „Policy Coherence“ von 2005
572 erinnert. So kam es aber nicht zur Synergie von Entwicklungspolitik mit anderen
573 Politikfeldern, sondern wurde diese von Anderen dominiert.

574 Es wurden bisher Vorschläge für „neue Partnerschaften“ mit Afrika lanciert,
575 während sich aber zuvor der EU-Ministerrat der Entwicklungsminister ohne einen
576 Finanzplan oder gar Aktionsplan für eine Reaktion auf die Hungersnöte auflöste
577 und die EU Kommission unter anderem weiterhin schlecht konditionierte Kredite
578 oder gar Schenkungen an hochkorrupte Staaten vergibt, die das Unrechtssystem
579 um die Menschen herum zementieren. Auch hält die EU weiterhin an den
580 menschenverachtenden Migrationsabkommen „Compacts with Africa“ fest.
581 Umdenken sieht anders aus. Unabhängig davon birgt eine Vereinheitlichung von
582 Entwicklungspolitik sowie gemeinsame Koordinierung von

583 Entwicklungszusammenarbeit auf europäischer Ebene ein immenses Potential,
584 doch gilt es sich auf eine Strategie zu verständigen, die das Wohlergehen der
585 Menschen des Globalen Südens und nicht das Eigene zum Ziel hat. Durch die
586 aktuellen Mehrheitsverhältnisse im EU-Parlament und eine konservativ-liberale
587 Kommission würde eine jetzige Europäisierung wohl nicht zu dem dringend
588 notwendigen Ergebnis führen. Demnach ist auf absehbare Zeit höchstens
589 punktuelle Koordinierung bei bestimmten Projekten und Themenfeldern sinnvoll.
590 Ein logisches Feld wäre hier humanitäre Hilfe. Noch immer ist der Hilfsapparat für
591 humanitäre Hilfe schon bei schwereren regionalen Dürren weitestgehend
592 machtlos. Dies auf EU-Ebene ambitioniert anzugehen würde lebensrettenden
593 Fortschritt bedeuten!

594 Wir fordern:

- 595• Den Abbau der EU-Agrarsubventionen
- 596• Stärkere Koordinierung, Kapazitätsaufbau und massive finanzielle Aufstockung von
597 humanitärer Hilfe auf EU-Ebene
- 598• Dass sich die Europäisierung von Entwicklungspolitik nicht unter dem innovationslosen
599 Vorzeichen des kleinsten gemeinsamen Nenners vollzieht, sondern eine integrierte
600 Gesamtstrategie verfolgt, die das Wohl der Menschen des Globalen Südens verfolgt
- 601• Entwicklungspolitik muss sich in der EU als souveränes Politikfeld behaupten, statt im
602 Namen von Politikkohärenz („Policy Coherence“) für Flüchtlingsbekämpfung,
603 Exportpolitik und geopolitische Interessen missbraucht zu werden
- 604• Die Terminierung des EU „Notfall-Treuhandfonds zur Unterstützung der Stabilität und zur
605 Bekämpfung der Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung in Afrika“, oder aber
606 ihn so zu transformieren, dass er tatsächlich das macht, was der Name meint, statt mit
607 ihm Grenzschutzmaßnahmen oder Autokraten für die Zurückhaltung von Flüchtlingen zu
608 bezahlen
- 609• Die EU-Kommission muss Kredite und Budgethilfen wesentlich stärker konditionieren und
610 ebenso auf Reformpartnerschaften ähnlich wie die Europäische Nachbarschaftspolitik
611 (ENP) setzen; mit der Unterstützung Gambias durch die EU wurde bereits ein erster Schritt
612 unternommen
- 613• Die langfristige Zielsetzung einer Vereinheitlichung der europäischen Entwicklungspolitik
614 und enge Koordinierung der damit einhergehenden Maßnahmen und Projekten unter
615 Berücksichtigung historischer bilateraler Beziehungen

616 **Dem „brain-drain“ entgegenwirken**

617 Während sich weiterführende Bildungsangebote in den letzten Jahrzehnten
618 besonders in Afrika stark ausgeweitet und verbessert haben, so hat sich in vielen
619 Volkswirtschaften der Arbeitsmarkt nicht daran angepasst. Es gibt also
620 Bildungsangebote für Jobs, die in dem Land gar nicht existieren. Das führt
621 verständlicherweise dazu, dass die betreffenden Leute ins Ausland gehen um den
622 Job zu praktizieren, den sie erlernt haben. So gibt es beispielsweise mehr
623 Krankenschwestern aus Ghana in Großbritannien als in Ghana selbst. In
624 Verbindung mit der geforderten Bildungsoffensive kann die Schaffung von

625 genügend Jobs nur durch eine wirtschaftliche Modernisierung erreicht werden,
626 bei derer komplexere Arbeitsvorgänge und Planungsaufgaben diese Bildung
627 bedingen. Dadurch kann auch eine Mittelschicht heranwachsen.

628 Wir fordern:

629• Die Schaffung von mehr Berufs- und Weiterbildungsperspektiven für Fachkräfte in
630 Entwicklungsländern als Resultat gelingender Entwicklung

631• Die Ausweitung von Bildungspartnerschaften zwischen Globalem Norden und Süden

632• Die Schaffung von Rückkehrmöglichkeiten für im Ausland befindliche Fachkräfte des
633 Globalen Südens, vor allem hinsichtlich der Ausstellung doppelter Staatsbürgerschaften
634 bei gleichzeitiger Erhaltung ihrer sozialen Sicherheiten

635 **Speziell auf nationaler Ebene**

636 Unabhängig vollmundiger Bekundungen des aktuellen Entwicklungsministers
637 Gerd Müller (CSU), Deutschland würde seiner so oft beschworenen „neuen
638 Verantwortung“ in der Welt gerecht werden ist dies schlichtweg nicht der Fall. So
639 veröffentlicht er nach fast vier Jahren seiner Amtszeit schließlich den 24-seitigen
640 „Marshallplan mit Afrika“. Dieser lag nie auf dem Kabinetttisch, mit anderen
641 Ressorts wurde sich wie so oft nicht abgesprochen und ist mehr innovationsloser
642 Investitionsplan statt konkreter Aktionsplan. Neben seinen umfangreichen
643 Ambitionen, der Privatwirtschaft für Afrika Tür und Tor zu öffnen lesen sich die
644 verblüffenden, fast links anmutenden Bekenntnisse zu fairem Handel sowie
645 Arbeits- und Umweltstandards als bloßes Beiwerk zur Beschwichtigung des
646 Entwicklungsausschusses. Die bestehenden sowie sich im Entstehungsprozess
647 befindenden EPAs als auch die von der Bundesregierung getragene Handelspolitik
648 allgemein spricht hier eine andere Sprache.

649 Sich Autokraten anzubiedern und zu unterstützen um Migration einzudämmen;
650 Entwicklungspolitik unter dem Deckmantel von beschönigenden Worthülsen
651 weiterhin zu weiten Teilen als Exportpolitik zu betreiben; der Umstand, dass die
652 Hauptimplementierungsinstitution des Entwicklungsministeriums (BMZ) eine
653 gewinnorientierte GmbH ist und das Entwicklungsbudget nur mäßig zu steigern
654 führt zu einer höchstens gemischten Bilanz und zeugt keines Weges von einer
655 Politik der Humanität. Wenn die Bundesregierung für sich in Anspruch nimmt eine
656 „Politik der Humanität“ zu betreiben (wie es Regierungssprecher Seibert
657 bekräftigt), so muss sie ihr Handeln nach außen auch dementsprechend gestalten.
658 Alles andere ist gefährlicher Zynismus.

659 **Humanitäre Hilfe im Besonderen weiter aufstocken**

660 Bereits der Umstand, dass weiterhin noch nicht einmal das 0,7%-BIP Ziel erreicht
661 wurde spricht Bände. Die „Flüchtlingskosten“, die nach OECD auf diese Quote
662 anrechenbar wären und nach welcher Deutschland damit die 0,7%-Quote für
663 dieses eine Jahr kurzfristig erreicht, gibt ein verzerrtes Bild wieder und ignoriert

664 die eigentliche Problematik eines trotz mäßiger Erhöhungen weiterhin viel zu
665 kleinen Entwicklungsbudgets. Es sind tatsächlich nur ca. 0,52% des BIP, wobei auch
666 hier recht fragwürdige Miteinbeziehungen von „Entwicklungsprojekten“ zu finden
667 sind. Eine angemessene Finanzierung ist wahrlich nur ein Bestandteil gelingender
668 Entwicklungszusammenarbeit. Manchmal waren Projektbudgets auch tatsächlich
669 zu hoch, da die überschüssigen Ressourcen nicht effektiv eingesetzt wurden und
670 es anderen Projekten an jenen wiederum fehlte. Die enormen Dimensionen der
671 Aufgabe globaler Entwicklung sprechen für sich: Die Erfüllung 0,7% Quote kann
672 nur der Anfang sein!

673 Wir fordern:

- 674• Die Erreichung und Übersteigerung der seit 1970 angepeilten 0,7%-Quote als Folge
675 steigenden Engagements in der Entwicklungszusammenarbeit welche sich ihrerseits in
676 angemessener, bedarfsorientierter Finanzierung manifestiert
- 677• Aufstockung humanitärer Hilfe, damit des Budgets des Auswärtigen Amts, auf ein solches
678 Mindestmaß, bei dem die nötigen Ressourcen bei allen humanitären Organisationen
679 vorhanden sind ihre jeweiligen Kapazitäten maximal auszuschöpfen und gleichzeitig
680 optimal auszubauen

681 **Kommerzialisierung von Entwicklungszusammenarbeit stoppen**

682 Unter Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) wurden die „Deutsche Gesellschaft
683 für Technische Zusammenarbeit“, die „Internationale Weiterbildung und
684 Entwicklung GmbH“ und der „Deutsche Entwicklungsdienst“ im Jahre 2011 zur
685 „Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GmbH“ (GIZ) fusioniert.

686 Weiterhin ist sie eine gewinnorientierte GmbH, die deutsche Unternehmen für
687 Investitionen im Globalen Süden berät und unterstützt. So floss ca. ein Drittel des
688 Etats der GIZ letztes Jahr in die Privatwirtschaft. Für uns ist klar, dass das BMZs
689 und seine Implementierungs-organisationen nicht Gewinne, sondern Entwicklung
690 verfolgen müssen!

691 Verstärkte Investitionen der Privatwirtschaft werden Folge guter
692 Regierungsführung und gelingender Entwicklung sein, die die Voraussetzungen
693 wie erfolgreiche Gewerbeanmeldung, durchgängige Stromversorgung und
694 sonstige verlässliche Infrastruktur schaffen, aber sie umgekehrt nicht alleine
695 hervorrufen können. Wirtschaftspartnerschaften sind nur dann sinnvoll, wenn die
696 Bevölkerung des Ziellandes direkt davon profitiert.

697 Wir fordern:

- 698• Entwicklungspolitik nicht zur Exportpolitik zu degradieren!
- 699• Die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GmbH in eine Anstalt des
700 öffentlichen Rechts umzuwandeln
- 701• Die GIZ muss gelingende nachhaltige Entwicklung für Alle, nicht Gewinne für sich oder die
702 deutsche Wirtschaft zum Ziel haben!
- 703• Weiterführenden Kapazitätsaufbau der GIZ

704• Keine Investitionsabsicherung für Firmen aus dem Entwicklungsbudget zu betreiben!

705 **Ministeriumsübergreifende Zusammenarbeit für eine kohärente**
706 **Entwicklungspolitik**

707 In einer zunehmend globalisierten Welt, wo Probleme hochgradig interdependent
708 und komplex sind muss der Lösungsansatz notwendigerweise kohärent und
709 koordiniert sein, wenn er sich behaupten will - international wie national.

710 Wo nötig müssen sich die Ministerien zu einem gemeinsamen Netzwerk
711 verschränken, in welchen die Mechanismen der Einzelnen reibungslos
712 ineinandergreifen.

713 Wir fordern:

714• Die stärkere Vernetzung besonders zwischen BMZ, Auswärtigem Amt und
715 Verteidigungsministerium durch Personalrotation, gemeinsame
716 Diskussionsveranstaltungen und themenübergreifende Projekte

717• Die engere Zusammenarbeit zwischen BMZ und Auswärtigem Amt zwischen territorialen
718 Referaten, Referatsleitungsebenen und den ministeriellen Leitungsstäben, besonders im
719 Bereich ziviler Krisenprävention

720• Vor-Ort-Planung bilateraler Projekte des BMZ nach Möglichkeit in die jeweilige Botschaft
721 zu integrieren

722• Die Einsetzung von unabhängigen Teams, welche die Zusammenarbeit zwischen den
723 einzelnen Ministerien beurteilen

724 **Interne Neustrukturierung: Das BMZ als Ministerium für internationale**
725 **Solidarität**

726 Wir sehen, dass auf vielen Orten der Welt Menschenleben akut in Gefahr sind,
727 Armut und Willkür äußerer Umstände ausgesetzt, und es damit höchste Zeit ist,
728 ambitionierte wie konkrete Lösungen voranzubringen. Es ist hier politische
729 Initiative und ein kohärenter Lösungsansatz gefragt, hinter dem sich die
730 internationale Gemeinschaft auch versammeln kann, um die nachhaltigen
731 Entwicklungsziele mit Leben zu füllen und schlussendlich zu erreichen.
732 Deutschland muss hier seiner neuen Verantwortung auch tatsächlich gerecht
733 werden, indem es eine Vorreiterrolle in internationaler Zusammenarbeit
734 übernimmt.

735 Für das BMZ heißt das unter Anderem, aus allen relevanten wissenschaftlichen
736 Bereichen Experten zusammenzubringen, die gemeinsam diesen Masterplan
737 ständig fortentwickeln, und die Handlungsgeschicke des Ministeriums in einen
738 breiteren Entscheidungszirkel zu legen, dessen vorausschauende Planung und
739 breit gefächerte wissenschaftliche Durchdringung langfristig Millionen Menschen
740 vor den Abgründen bewahren wird, die wir uns selbst geschaffen haben.

741 Es soll nichts weniger in Gang gesetzt werden als ein sich ständig verbessernder
742 Institutionenkörper, der die Fesseln parteipolitischen Herumtaktierens,

743 Schubladendenkens und allgemeiner Innovationslosigkeit des Tagesgeschäftes
744 transzendiert und unermüdlich mit ständig wachsenden Mitteln, Kompetenzen,
745 öffentlicher Aufmerksamkeit sowie einem stets weiter perfektionierten
746 Masterplan internationale Solidarität in allen Ausprägungen entfacht.

747 Wir fordern:

748• Die Einsetzung von umfangreichen Evaluationsteams, die die Arbeitsweise und
749 allgemeine Effizienz des BMZ kontinuierlich beurteilen sowie detaillierte
750 Verbesserungsvorschläge liefern

751• Die Erweiterung des ministeriellen Leitungstabs zu einem breiten, wissenschaftlich
752 durchdrungenen Gremium bestehend aus Experten und Teilen der Referatsleitungen

753• Die Erschaffung einer neuen Abteilung ausschließlich für Grundsatzfragen, wobei die
754 Referate weiterhin in engem Austausch mit den territorialen Pendants stehen sollen.
755 Abteilung 3 (Globale Zukunftsaufgaben) soll gänzlich darin inkorporiert werden

756• Das zurückfahren von ministeriellen Sonderinitiativen auf ein Maß, in welchem reguläre
757 Entwicklungsprojekte der Implementierungsinstitutionen nicht ausgebremst werden

758• Eine breite Inkorporierung von Metastrategieforschung durch Vertretungen bzw.
759 Einverleibung der jeweiligen NGOs wie Institute

760• Die Erschaffung eines Referates für kommunale Entwicklungspartnerschaften, um
761 Kooperationen zwischen deutschen Kommunen mit Pendants des globalen Südens zu
762 organisieren. Durch solche Partnerschaften sollen Wissenstransfers in Gang gesetzt
763 werden, um die Eigeninitiative des Globalen Südens zu stärken.

Feminismus und Gleichstellung

F3: Förderung von Frauenhäusern

Zur Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress, den SPD Landesparteitag RLP

- 1• Die Finanzierung von Frauenhäusern muss zu einem größeren Teil aus Bundesmitteln des
2 Ministeriums für Familie, Frauen und Jugend bezuschusst werden.
- 3• Der kommunale Anteil der Finanzierung von Frauenhäusern darf nicht weiter von
4 Sparhaushalten betroffen sein. Gleiches gilt für Einsparungen, die sich durch die
5 Aufnahme in den kommunalen Entschuldungsfond bedingen, sowie
6 Einsparungsmaßnahmen, die durch Auflagen der Kommunalaufsichten, durchgeführt
7 werden.
- 8• Es soll ein Netz aus Beratungsstellen für betroffene Frauen geschaffen werden. In ihrer
9 Funktion als Erstanlaufstelle müssen diese Beratungsstellen auch Betten zur
10 Übernachtung vergeben können.
- 11• Um den aktuellen Mangel an Plätzen in Frauenhäusern zu beheben, fordern wir die
12 Schaffung zusätzlicher Kapazitäten bis wir eine Messgröße von einem Platz auf 7500
13 Einwohnerinnen und Einwohner erreicht haben.
- 14• Beratungsstellen und Frauenhäuser müssen auch in ländlich geprägten Regionen einfach
15 erreichbar sein um betroffenen Frauen kurzfristig Hilfe anbieten zu können - wir fordern
16 daher den Ausbau der Kapazitäten insbesondere in der Fläche, um zumutbare
17 Anreisewege zu gewährleisten.

18 **Begründung:**

19 Die grundsätzliche Arbeit von Frauenhäusern beruht auf dem Ziel, Gewalt gegen
20 Frauen einzudämmen und langfristig komplett zu vermeiden. Vor Ort stellen sie
21 die wichtigste Anlaufstelle für von Gewalt betroffenen Frauen und ihren Kindern
22 dar. Eine weitere Aufgabe ist die Sensibilisierung der Gesellschaft für dieses
23 Thema. Diese wichtige Arbeit stellt eine Stütze der Gesellschaft dar und sollte nicht
24 von Einsparungs- und Entschuldungsmaßnahmen betroffen sein. Eine von Gewalt
25 betroffene Frau (meistens geht die Gewalt sogar aus dem engsten familiären
26 Umfeld aus) muss die Option eines sicheren Rückzugsortes besitzen, unabhängig
27 von der finanziellen Lage der Heimatkommune.

28 Denn wenn Kommunen Sparmaßnahmen einleiten müssen, besteht die Gefahr,
29 dass der Topf, welcher die Finanzierung von Frauenhäusern beinhaltet, als erstes
30 von Sparmaßnahmen betroffen sein wird. Die Wichtigkeit von Frauenhäusern
31 muss über den Einsparungsmaßnahmen stehen!

32 2016 gab es in Rheinland-Pfalz 17 Frauenhäuser mit 288 Plätzen für Frauen und
33 Kinder, dies entspricht einem Platz pro 13.888 Einwohner*innen. Der Fakt, dass in
34 den letzten Jahren Frauen regelmäßig keinen Aufnahmeplatz in den vorhandenen
35 Einrichtungen fanden, zeigt, dass neue Plätze geschaffen werden müssen. Der
36 Bedarf wird von der bundesweiten Frauenhauskoordinierung auf 1 Platz pro 7.500
37 Einwohner*innen taxiert. Daher plädieren wir dafür, dass pro 7.500
38 Einwohner*innen ein Platz in einem Frauenhaus geschaffen wird, sprich eine
39 Quote von 1:7.500. Umgerechnet wären dies in etwa 530 Plätzen in
40 Frauenhäusern in Rheinland-Pfalz - also ungefähr doppelt so viele Plätze wie
41 momentan zur Verfügung stehen. Dass solch eine Quote sinnvoll ist, ermittelte die
42 "Studie zur Bedarfsermittlung zum Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und
43 ihre Kinder in Bayern". Die Studie nutzt Daten wie die Höhe der Meldungen an
44 sexualisierten Gewalttaten, v.A. im Kinder- und Jugendalter, sowie die Menge von
45 Menschen, welche in den letzten Jahren Hilfe nach sexualisierter Gewalt gesucht
46 haben.

47 Das von uns geforderte Netz aus Beratungsstellen soll einerseits dabei helfen, die
48 notwendigen Plätze in Frauenhäusern besser zu koordinieren und andererseits
49 Frauen aus ländlichen Gegenden dabei unterstützen, eine Hilfsmöglichkeit in
50 zumutbarer Entfernung zu erreichen. Für Flächenländer wie Rheinland-Pfalz ist
51 dies von hoher Relevanz. Außerdem sollen die Beratungsstellen neben der
52 Vergabe von Einzelnachtbetten auch bundesweite Anlaufstellen anbieten.

Feminismus und Gleichstellung

F4: Erweiterung des Mutterschutzes um Aspekte des Vaterschutzes respektive Partner_innen-Schutz

Zur Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress, den SP Landesparteitag RLP

1 Wir fordern eine Erweiterung des Mutterschutzes um Aspekte des Vaterschutzes
2 respektive Partner_innen-Schutz beschließen. Hierzu fordern wir die
3 Bundesministerien für Arbeit und Soziales, für Familie, Senioren, Frauen und
4 Jugend sowie für Gesundheit auf, sich mit einer Erweiterung des
5 Mutterschutzgesetzes um Aspekte des Vaterschutzes respektive Partner_innen-
6 Schutz zu beschäftigen aufgrund der Wichtigkeit des Schutzes der Familie sowie
7 aufgrund der Abhängigkeit des Wohlergehens von Mutter und Kind vom
8 Wohlergehen des Vaters respektive der Partner_innen. Als Vater respektive
9 Partner*in sehen wir in diesem Fall den sozialen Vater/Partner*in an, da diese
10 Person in die Erziehung und Versorgung des Kindes einbezogen ist und in
11 emotionale Nähe zu Mutter und Kind steht. Da die Forderungen 1,4,5 und 7 bereits
12 vor der Geburt greifen, stellt sich hier die Notwendigkeit, einer Möglichkeit der
13 Vaterschaftsanerkennung bereits vor der Geburt des Kindes.

14 Konkret fordern wir:

- 15• Kündigungsschutz für Partner_innen mit Beginn der Schwangerschaft der Frau und
16 während der Elternzeit der Frau/des Mannes
- 17• Ausweitung des Kündigungsschutzes der Frau um die Dauer der Elternzeit des
18 Partners/der Partnerin/des Mannes
- 19• Ausweitung des Sonderurlaubs für Partner_innen auf zwei Wochen ab Geburt
- 20• Überstunden durch Partner_innen während der Schwangerschaft und des
21 Mutterschutzes der Frau nur auf eigenen Wunsch hin
- 22• Keine Nachtarbeit durch Partner_innen in den letzten drei Wochen vor errechnetem
23 Entbindungstermin und den ersten sechs Wochen nach Geburt
- 24• Rückkehrrecht Teilzeit zu Vollzeit nach Reduktion zu Zwecken der Kinderbetreuung
25 sowohl für Mütter als auch für Partner_innen
- 26• Einrichtung einer Ombudsstelle

27 Begründung:

28 Familienpolitik ist nicht nur ein wichtiges sozialdemokratisches Themenfeld
29 sondern auch essentiell für eine gesunde und zukunftsfähige Gesellschaft. Kinder
30 sind die Zukunft der Gesellschaft und es ist nicht zuletzt aufgrund des

31 demografischen Wandels wichtig, Anreize für junge Paare zu schaffen, sich für
32 Kinder zu entscheiden. In einem Interview 2014 sagte Manuela Schwesig „Wir
33 müssen es ernst nehmen, dass auch Paare mit Kinderwunsch in Deutschland
34 zunehmend keinen Nachwuchs bekommen [...] Viele Paare erleben massive
35 Unsicherheit in der Arbeitswelt.“ Neben befristeter Arbeitsverträge und
36 unzureichender Betreuungskapazitäten stechen Mängel im Bereich des Schutzes
37 werdender Familien ins Auge.

38 Gesetzliche Regelungen zum Schutze des Wohls und der Gesundheit der Mutter
39 und des Kindes sind im Mutterschutzgesetz festgehalten, hier fehlt jedoch die
40 Berücksichtigung des Einflusses des Wohls der Partner_innen auf das Wohl der
41 Mutter und des Kindes. Mutterschutz sollte also immer als Familienschutz
42 betrachtet werden.

43 Die Vermeidung von Stress in der Schwangerschaft ist ein bedeutendes Ziel des
44 Mutterschutzes, da Stress das Fehl- und Frühgeburtenrisiko steigert sowie das
45 Risiko eines niedrigen Geburtsgewichtes und längerfristiger gesundheitlicher
46 Beeinträchtigungen des Kindes.

47 Stressor für die Mutter kann aber neben der eigenen beruflichen Situation
48 insbesondere die berufliche Situation des Partners/der Partnerin sein, da
49 dieser/diese meist nach der Geburt die finanzielle Absicherung der Familie
50 darstellt. Es bedarf zur Senkung des Stresslevels werdender Mütter also einer
51 existenziellen Sicherheit der gesamten Familie. Hierzu sind ein Kündigungsschutz
52 für werdende Väter und werdender Partner_innen sowie die Ausweitung des
53 Kündigungsschutzes der Mütter um Zeiten der Elternzeit der Partner_innen ein
54 wichtiger Schritt, der der Familie die Sicherheit des Haupteinkommens in Zeiten
55 der Kindererziehung einräumt.

56 Ein weiterer für die Familie und damit für die Mutter Stress erzeugender Aspekt
57 der beruflichen Tätigkeit der Partner_innen können unregelmäßige Dienste sein.
58 Insbesondere die Sorge bei Geburtsbeginn sowie in der ersten Zeit mit Kind nachts
59 alleine zu sein tragen zu erhöhtem Stress und damit einem erhöhten
60 Gesundheitsrisiko für Mutter, Kind und auch Partner_innen bei.

61 Für einen gelingenden Familienstart braucht es gute Rahmenbedingungen in der
62 Zeit nach der Geburt. Hierzu gehört die Möglichkeit des Aufbaus stabiler
63 Bindungen des Kindes zu den Eltern und zwar möglichst zu beiden Eltern, das
64 Einfinden des Paares in die neue Familiensituation und Rolle als Eltern, die
65 Möglichkeit der Frau sich voll und ganz auf das Kind, ggf. das Stillen und die
66 körperliche Erholung nach der Geburt zu konzentrieren.... All diese Punkte
67 erfordern die Möglichkeit der kontinuierlichen Anwesenheit des Vaters/ der
68 Partner_innen in den ersten zwei Wochen nach der Geburt. Wichtig ist außerdem
69 die Unterstützung der Frau vor allem in diesen ersten zwei Wochen und
70 anschließend nachts. Stress der Frau nach Geburt gefährdet den Bindungsaufbau,

71 das Selbstvertrauen als Mutter und kann zu Milchstaus und Brustentzündungen
72 führen, weshalb eine Unterstützung durch die Partner_innen essentiell wichtig ist.
73 Somit ist es für alle Beteiligten wichtig, dass Partner_innen die Möglichkeit haben
74 nach der Geburt zunächst zuhause zu sein. Hierfür müssen sie aktuell
75 Erholungsurlaub nehmen, was den Jahresurlaub und damit die Gesamt-
76 Familienzeit im ersten Jahr reduziert. Außerdem ist der Erholungsfaktor nach
77 Geburt nicht in dem Maße gegeben, wie es im Sinne des Erholungsurlaubs wäre.
78 Deshalb sollte hier zusätzlicher Sonderurlaub unabhängig vom Anspruch auf
79 Elternzeit greifen. Dieser sollte direkt nach der Geburt beginnen, da manche
80 Arbeitgeber keinen flexibel beginnenden Urlaub ermöglichen. Eine Geburt ist aber
81 nicht planbar. Diese Drucksituation birgt das Risiko des weiteren Anstiegs der
82 Kaiserschnitttrate ohne medizinische Indikation zwecks Planbarkeit. Der
83 Sonderurlaub sollte deshalb direkt ab Geburt beginnen.

84 Mit der Einführung des ElterngeldPlus sollte ursprünglich eine weitere Flexibilität
85 im Bezug des Elterngeldes mit der Möglichkeit sich Berufstätigkeit unter den Eltern
86 besser aufzuteilen, sodass beispielsweise beide Teilzeit arbeiten und keiner der
87 Eltern aus dem Beruf raus muss, geschaffen werden. Die Möglichkeit der
88 Reduktion der Arbeitszeit in der Elternzeit mit Bezug von ElterngeldPlus wird
89 jedoch oftmals nicht genutzt aus Sorge anschließend in Teilzeit „festzuhängen“.
90 Die Einführung des Rückkehrrechtes von Teilzeit für Vollzeit ist deshalb für beide
91 Elternteile unerlässlich.

92 Letztendlich ist eine Überwachung der Einhaltung des Partner_innen-Schutzes
93 nötig, da bereits bestehende Rechte (z.b. auf Elternzeit) teilweise nicht genutzt
94 werden, weil Partnern/Partnerinnen im Beruf mit anschließenden Schwierigkeiten
95 mehr oder weniger offen gedroht wird. Es muss also eine Möglichkeit geschaffen
96 werden sich bei Schwierigkeiten mit Arbeitgebern/Arbeitgeberinnen an eine
97 vermittelnde Stelle zu wenden.

Justiz und Innenpolitik

J3:Antrag zur Durchsetzung des Grundsatzes „Eigentum verpflichtet“

Zur Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress

1 Wir fordern, dass sich die Jungsozialist*innen für eine konsequentere
2 Durchsetzung des Verfassungsgrundsatzes des Artikel 14 Absatz 2 Grundgesetz
3 „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit
4 dienen.“ in Bezug auf den Wohn- und Wohnungsmarkt in Ballungszentren
5 einsetzen.

6 Hierzu fordern wir die SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, die SPD-
7 Bundestagsfraktion, Juso-Bundeskongress auf, auf eine gesetzliche Regelung
8 hinzuwirken, durch die den Städten und Gemeinden die (in einschlägigen Fällen zu
9 nutzende) Möglichkeit geschaffen wird, das Wohneigentum von
10 Eigentümer*innen, die über einen Zeitraum von 2 Jahren keinen Nutzen aus ihrem
11 Wohneigentum gezogen haben, in einem ersten Schritt unter Zwangsverwaltung
12 zu stellen, den ortsüblichen Mietspiegel als Strafzahlung an die Kommune
13 entrichten beziehungsweise in einem zweiten Schritt die Eigentümer*innen zur
14 Veräußerung zu verpflichten oder diese gegen Entschädigung gemäß Artikel 14
15 Absatz 3 Grundgesetz zu enteignen.

16 Dies soll nicht gelten, wenn die Eigentümer*innen Angebote durch die Stadt und
17 gemeinnützige Initiativen (wie Schnittstelle5 e.V. am Beispiel Mainz) zur
18 Zwischennutzung während der Zeit des Leerstands wahrnehmen oder in
19 Ausnahmefällen wie etwa Modernisierungsarbeiten in unbewohntem Zustand.

20 Begründung:

21 Die Jungsozialist*innen sehen im Recht auf Eigentum ein elementares
22 verfassungsrechtliches Grundrecht. Eigentum zu achten bedeutet unter anderem,
23 den freiheitlichen Gedanken durchzusetzen, als Eigentümer*in fremde Einflüsse
24 auf Gegenstände, die die Rechtsgemeinschaft dem*der Einzelnen zugewiesen hat,
25 abwehren zu können. Gleichwohl geht das Privileg von Eigentum durch unsere
26 Verfassung Hand in Hand mit der Verpflichtung, dieses zum Wohle der
27 Allgemeinheit zu nutzen. Artikel 14 Absatz 2 Grundgesetz besagt: „Eigentum
28 verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“
29 Anders gesagt: Die Gesellschaft hat einen Anspruch auf gemeinwohlverträgliche
30 Nutzung von Eigentum. Wenn ein besonders gemeinschaftsschädlicher Gebrauch
31 von Eigentumsrechten gegeben ist, muss demnach die Rechtsgemeinschaft
32 hiergegen vorgehen können. Eine solche krass unsoziale Nutzung ist aus unserer
33 Perspektive im Verwahrlosenlassen von Miet- und Wohnraum in Ballungszentren

34 mit großen Problemen im Miet- und Wohnungsmarkt gegeben. Während (junge)
35 Menschen mit geringem Einkommen, Familien und ältere Einwohner*innen
36 keinen bezahlbaren Wohnraum finden oder aus ihren Vierteln vertrieben werden,
37 weil diese eine rasante „Aufwertung“ erfahren, stehen nach Angaben des
38 „Leerstandmelders“ etwa in Mainz mehr als 100 Wohnungen und Häuser leer. In
39 Frankfurt am Main sind es demnach über 400, in Berlin fast 900 und in Hamburg
40 sogar über 1000 Leerstände. Wir begrüßen daher die Arbeit von Initiativen wie
41 Schnittstelle5 e.V. o.ä., die mit Eigentümer*innen die Möglichkeiten für eine
42 Zwischennutzung der Räumlichkeiten ermitteln und so Kunst- und
43 Kulturschaffenden Zugang zu kostengünstigen Räumen bieten. Wir sehen in
44 Zwischennutzungsmöglichkeiten gleichzeitig eine vorrangig zu prüfende Variante
45 zur Überwindung von Leerstand. Wir sehen aber auch, dass nicht alle
46 Eigentümer*innen auf solche Angebote reagieren und diese wahrnehmen.
47 Existierende Steuerungsmöglichkeiten gegen Leerstand wie etwa Bußgelder sind
48 ein erster Schritt, den wir positiv bewerten. Hierbei kann es aber im Sinne einer
49 sozialdemokratischen Wohnungspolitik nicht bleiben. Als letzte Möglichkeit
50 gegenüber Eigentümer*innen die verfassungsrechtlichen Grundsätze des Artikel
51 14 Absatz 2 Grundgesetz durchzusetzen, müssen in diesen Fällen daher auch
52 Zwangsverwaltungen oder Enteignungen durch (Bundes-)Gesetzgebung als
53 Instrument den Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Wir
54 begrüßen deshalb die Entscheidung des Bezirksamts Hamburg Mitte und des
55 Genossen Falko Droßmann von November 2016, einen Wohnungseigentümer
56 nach jahrelangem Leerstand seiner Wohnungen zu enteignen und solidarisieren
57 uns mit der Maßnahme. Wir hoffen, dass die Rechtsprechung sich unserer
58 Einschätzung anschließt. Die Bestimmungen zur Entschädigung von
59 Eigentümer*innen nach Artikel 14 Absatz 3 Grundgesetz sehen wir als notwendige
60 an, um die Verhältnismäßigkeit von Enteignungsmaßnahmen zu gewährleisten.

Justiz und Innenpolitik

J5:Verstaatlichung der Rüstungsproduktion

Zur Weiterleitung an den Juso-bundeskongress und den SPD Landesparteitag RLP

- 1 1. Neuregelung der Rüstungsproduktion
1. 2 Verstaatlichung aller deutschen Rüstungsunternehmen
2. 3 Aufhebung der Notwendigkeit von Ausschreibungen bei Rüstungsvorhaben
3. 4 Intensivierung der Integration europäischer (EU) Rüstungsproduktion mit dem
5 langfristigen Ziel einer gemeinsamen Rüstungsindustrie parallel zur Verwirklichung einer
6 gemeinsamen europäischen Armee
4. 7 Programm zur Sicherung der Arbeitsplätze – primär durch Umwandlung in zivile Industrie
8 insoweit, dass der neuen (vermutlich deutlich geringeren) Auslastung Rechnung getragen
9 wird
- 10 2. Neuregelung des Verkaufs von Rüstungsgütern
- 11• Verkauf deutscher Rüstungsgüter nur an NATO- oder EU-Mitglieder auf Beschluss eines
12 gemeinsamen Ausschusses aus den Mitgliedern des Bundessicherheitsrates und der
13 gleichen Anzahl an Mitgliedern von Mitgliedern des Bundestages
- 14• Verkauf in Ausnahmefällen an nicht NATO- oder EU-Mitglieder auf Beschluss des
15 Bundestages
- 16• Verkauf in jedem Falle nur dann, wenn ersichtlich ist, dass der Käufer sich zu den
17 Prinzipien der Demokratie und des Rechtsstaats und der Achtung der Menschenrechte
18 und internationalen Völkerrecht nicht nur bekennt, sondern dies auch effektiv umsetzt
- 19 Unter „Rüstungsgütern“ verstehen wir dabei alle Güter, welche geeignet sind, in
20 einem Krieg oder bewaffneten Konflikt als Waffe zum Einsatz gebracht zu werden,
21 also sowohl, aber nicht nur, Kleinwaffen als auch Großgerät.
- 22 **Begründung:**
- 23 Wir Jusos bekennen uns zum Primat der friedlichen Konfliktlösung. Wir erkennen
24 dennoch ob der sicherheitspolitischen Lage und unserer Schutzverantwortung als
25 Teil der Gemeinschaft aller Menschen an, dass in bestimmten Situationen der
26 Einsatz bewaffneter Streitkräfte notwendig sein kann. Als Gesellschaft tragen wir
27 daher die Verantwortung dafür, dass die Soldaten, welche vom Bundestag – und
28 damit letzten Endes von uns – in den Einsatz geschickt werden, angemessen
29 ausgerüstet sind, wenn sie unter dem Einsatz ihres Lebens ihren Auftrag
30 wahrnehmen.

31 1. Neuregelung der Rüstungsproduktion

32 Wir sind überzeugt, dass es verantwortungslos ist, die Herstellung von
33 Kriegswaffen und Kriegsgerät privaten Firmen zu überlassen, welche
34 notwendigerweise profitorientiert handeln müssen. In Art. 26 GG („Zur
35 Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der
36 Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.“) zeigt
37 sich bereits, dass das Grundgesetz zumindest eine strenge Kontrolle der
38 Rüstungsproduktion befürwortet.

39 Wir erkennen, dass ein ständiger technologischer Wettlauf zwischen
40 Waffenwirkung und Schutz vor eben jener besteht und halten es daher für
41 notwendig, bei der Beschaffung von Rüstungsgütern auf (meist zeitraubende)
42 Ausschreibungen zu verzichten, um unserer Verantwortung gegenüber den
43 Soldaten gerecht zu werden und eine angemessene Ausrüstung, welche sich
44 soweit wie möglich auf dem Stand der Technik befindet, zu gewährleisten. Im Falle
45 einer Verstaatlichung der Rüstungsindustrie wären Ausschreibungen zudem
46 höchst unzumutbar.

47 Im Sinne der europäischen Integration, ferner im Sinne einer Weiterführung der
48 Integration der für die Kriegführung wichtigen Industrien, außerdem mit den
49 Zielen der finanziellen Einsparungen und der Steigerung der Effizienz und des
50 technologischen Fortschritts streben wir langfristig eine gemeinsame europäische
51 Rüstungsindustrie an. Uns ist bewusst, dass diese nicht von heute auf morgen
52 umgesetzt werden kann, sondern vielmehr eines langsamen, aber stetigen
53 Prozesses der Integration bedarf, welcher parallel zur Integration der
54 europäischen Streitkräfte mit dem Ziel einer europäischen Armee verlaufen sollte.
55 Eine gemeinsame Rüstungsindustrie könnte der Integration in diesem Sinne
56 zudem förderlich sein.

57 2. Neuregelung des Verkaufs von Rüstungsgütern

58 Zuständig für die Genehmigung von Rüstungsexporten ist der
59 Bundessicherheitsrat (BSR). In der Praxis hat sich jedoch gezeigt, dass dieser nur
60 dann entscheidet, wenn es vorher Meinungsverschiedenheiten zwischen den
61 einzelnen Ministern gab und das Kabinett keinen einstimmigen Beschluss fassen
62 konnte. Wir fordern, Rüstungsexporte nicht als nebensächlich zu behandeln,
63 sondern in jedem Falle im Bundessicherheitsrat zu beraten.

64 Die Notwendigkeit der geheimen Tagung des BSR erkennen wir an, solange davon
65 Bündnispartner, also NATO- oder EU-Mitglieder betroffen sind, da so die
66 Interessen des Bündnisses – und somit unsere eigenen – geschützt werden. In
67 allen anderen Fällen fordern wir jedoch einen Beschluss des Bundestages, um in
68 Ausnahmefällen auch andere Partner unterstützen zu können.

69 Vor allem kommt es uns jedoch darauf an, den Verkauf von Rüstungsgütern an
70 solche Staaten, welche die Prinzipien der Demokratie und des Rechtsstaats und
71 die Achtung der Menschenrechte verletzen, endlich und sofort zu stoppen. Wir
72 weisen ausdrücklich auf die dringende Notwendigkeit hin, auch Bündnispartner
73 dieser Prüfung zu unterziehen.

Justiz und Innenpolitik

J10: Novellierung Gesetz Parteispenden

- 1• Spenden über 3.300 Euro müssen bei Nennung des Namens des Spenders im
2 Rechenschaftsbericht aufgeführt werden.
 - 3• Spenden über 10.000 Euro müssen bei Nennung des Namens und der Adresse des
4 Spenders unverzüglich dem Bundestagspräsidenten mitgeteilt werden, welcher diese
5 zeitnah als Bundestagsdrucksache veröffentlicht.
 - 6• Es wird eine Website zur Offenlegung von Spenden eingerichtet, auf welcher spätestens
7 ein Viertel Jahr nach Erhalt der Spende diese bei Nennung des Namens und der Adresse
8 des Spenders eingegeben werden muss.
- 9 Parteien haben in Deutschland die Möglichkeit sich durch staatliche Mittel,
10 Sponsoring, Beiträge sowie Parteispenden zu finanzieren. Vor allem zu letzterem
11 Punkt wird regelmäßig Kritik geäußert. So zeigte die Staatengruppe gegen
12 Korruption des Europarates (GRECO) die größten Missstände dieses Gesetzes auf.
13 So müssen Spenden erst ab 50.000 € unverzüglich gemeldet werden, für Spenden
14 zwischen 10.000 und 50.000 Euro dagegen kann eine Veröffentlichung bis zu
15 eineinhalb Jahre dauern, da nur einmal jährlich ein Rechenschaftsbericht abgelegt
16 werden muss. Für Beträge unter 10.000 € muss dabei gar keine Angabe zur
17 Herkunft gemacht werden. Auch ist der Schwellenwert von 50.000 € viel zu hoch
18 angesetzt, andere EU-Länder haben deutlich niedrigere Werte. Auch kann von
19 Kontrolle keine Rede sein, wenn die Spenden nicht zeitnah angegeben werden
20 müssen.

Mobilität

M3: Klassenloser Nahverkehr

Zur Weiterleitung an den SPD Landesparteitag RLP

1 Wir fordern die Abschaffung der Zwei-Klassen-Regelungen im öffentlichen
2 Personennahverkehr.

3 **Begründung:**

4 Die Zahl der Pendler zu Arbeit und Ausbildung steigt sowohl in Bund und Land
5 stetig. Damit steigt auch die Anzahl der Fahrgäste im ÖPNV, die Kapazitäten eben
6 dieses werden jedoch kaum oder nur sehr langsam ausgebaut. Daher ist es zu
7 Stoßzeiten üblich, dass ein Zug voller Menschen ist, von denen jedoch viele keinen
8 Sitzplatz bekommen, da die 2. Klasse bereits voll ist. Gleichzeitig ist die 1. Klasse
9 oft so gut wie leer und nimmt in manchen Fällen fast 75% eines Waggons ein.
10 Dadurch ist dieser Raum absolut ungenutzt und ein Ärgernis für die stehenden
11 Fahrgäste. Um die Kapazitäten und auch die Attraktivität des ÖPNV zu steigern,
12 fordern wir daher den klassenlosen ÖPNV.

Mobilität

M4: Keine Einschränkung der Kostenübernahme des Jahresnetzkarte für Schüler*innen in Rheinland-Pfalz

Zur Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress

1 Wir fordern die einkommensunabhängige Kostenübernahme für die
2 Jahresnetzkarte des jeweiligen, regional ansässigen Verkehrsverbundes auch für
3 Schüler und Schülerinnen der Oberstufe, so wie das Abschaffen der Bereiche von
4 zwei Kilometer beziehungsweise vier Kilometer Mindestentfernung von dem
5 Wohnsitz des betroffenen Schülers/der betroffenen Schülerin.

6 Begründung:

7 Bisher konnten die Schüler*innen nur kostenlos zu ihrer Schule gelangen, wenn
8 Grundschüler mindestens zwei Kilometer und Schüler*innen der weiterführenden
9 Schulen mindestens vier Kilometer von ihrer Schule entfernt wohnen. Für die
10 Oberstufe ist die Kostenübernahme der Fahrtkosten einkommensabhängig,
11 unabhängig von der zu bewältigenden Entfernung. Diese Einschränkungen halten
12 wir für problematisch, da Schüler*innen und Eltern in ihrer Entscheidung, welche
13 Schule die Beste für ihr Kind sei, eingeschränkt werden, da sie sich an der
14 Erreichbarkeit und den dabei entstehenden Kosten orientieren. Da Schulen in
15 Rheinland-Pfalz, auf Grund des guten Bildungssystem, sich stark unterscheiden
16 und unterschiedliche Profile und Schwerpunkte besitzen, wie beispielsweise
17 Ganztagschulen, Schulen, die die Möglichkeiten des Abi-bac bieten oder
18 Fachoberschulen mit unterschiedlichen Schwerpunkten, sollte es den
19 Schüler*innen möglich sein frei zu wählen, welche Schule am besten zu ihnen
20 passt und dies nicht von der Erreichbarkeit der Schule und den damit verbundenen
21 Kosten abhängig machen. Gerade für die Schüler*innen der Oberstufe ist dies von
22 großer Relevanz, da sie in dieser Zeit den Grundstein für ihren Schulabschluss
23 legen und es für das Erlangen eines Schulabschlusses verschiedene Wege gibt wie
24 beispielsweise der klassische Weg über das Gymnasium aber auch über eine
25 Fachoberschule. Dabei sollten sie die Möglichkeit haben sich frei zu entscheiden
26 an welcher Schule sie dies tun möchten. Wenn nun aber die Wunschschule in
27 weiterer Entfernung liegt sind die damit verbundenen Kosten für den öffentlichen
28 Nahverkehr natürlich höher. Für viele Familien stellt dies ein Ausschlusskriterium
29 dar, da nur wenige Familien unter die Einkommensgrenze fallen und die Preise für
30 den öffentlichen Nahverkehr stark gestiegen sind. Viele Schüler*innen der
31 Oberstufe sind in den ersten Jahren noch nicht volljährig, weshalb es ihnen nicht
32 möglich ist die Schule mit dem Auto zu erreichen, was jedoch auch aus
33 umwelttechnischen Aspekten nicht zu unterstützen wäre. Hinzu kommt, dass der

34 Stundenplan der Schüler und Schülerinnen der Oberstufe oft nicht so stark
35 komprimiert ist wie dieser der Grundschüler und sie nicht aus Kostengründen
36 gezwungen werden sollen den ganzen Tag in der Schule zu verbringen, anstatt
37 zwischendurch auch zu Hause in Ruhe lernen zu können oder einfach mal vom
38 Schulalltag entspannen zu können. Darüber hinaus sollte die Mindestentfernung
39 des Wohnsitzes abgeschafft werden, da auch ein kurzer Weg, gerade für die
40 jungen Schüler, gefährlich sein kann. Es ist den Eltern nicht immer möglich die
41 Schulzeiten ihrer Kinder mit den Arbeitszeiten zu vereinbaren, vor allem für
42 alleinerziehende Eltern. Hier sollten die Eltern, vor allem die Mütter, darin
43 unterstützt werden, dass sie, unabhängig von der Frage wie ihr Kind sicher den
44 Schulweg bewältigen kann, einer beruflichen Tätigkeit einkommenssichernd
45 nachgehen können.

Nachhaltigkeit, Umwelt und Energiepolitik

N1: Verbot von Microplastik in Hygiene- und Kosmetikprodukten

Zur Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress, den SPD-Landesparteitag RLP

1 Zum Schutz der Umwelt und der Gesundheit von Mensch und Tier sollen Hersteller
2 von Körperpflege- und Kosmetikprodukten sowie Wasch- und Reinigungsmitteln
3 gesetzlich verpflichtet werden auf die Verwendung von Kunststoffen in ihren
4 Produkten zu verzichten. Neben den festen Plastikbestandteilen sollen auch
5 flüssige, gel- oder wachsartige Kunststoffe in den Produkten verboten sein. Das
6 Verbot soll ab 2025 verbindlich gelten, sodass den Herstellern eine Übergangszeit
7 zur Einführung von biologisch abbaubaren Alternativen gewährt wird.

8 Begründung:

9 Wer einen genauen Blick in die Liste der Inhaltsstoffe seiner Hygieneartikel wirft
10 und über ein solides Chemiewissen verfügt, erlebt eine böse Überraschung.
11 Kunststoffe (inklusive Silikone) – in fester, flüssiger, gel- oder wachsartiger Form –
12 verstecken sich im schwer lesbaren Kleingedruckten hinter Zungenbrechern wie
13 Acrylate/C10-30 Alkyl Acrylate Crosspolymer, PEG/PPG-17/18-Dimethicone,
14 Cyclopentasiloxane oder Polyquaternium-68. Wem ist dabei schon bewusst, dass
15 es sich dabei um die gleichen Kunststoffe wie in Strumpfhosen, Plastikflaschen,
16 oder Plastiktüten handelt? Tatsächlich sind Nylon, Polyethylenterephthalat oder
17 Polypropylen gängige Bestandteile von konventionellen Kosmetik- und
18 Reinigungsprodukten. Ihre Aufgabe ist beispielsweise den Glanz zu verbessern, die
19 Streichfähigkeit anzupassen, Oberflächen abzuschmirgeln, eine sanfte Filmschicht
20 zu bilden oder den Schutz vor Sonnenstrahlen zu erhöhen. Wer schmiert sich
21 schon gerne Plastik ins Gesicht?

22 Doch nun zum eigentlichen Problem: Die Reste von Gesichtscremes, Make-up,
23 Lippenstiften oder Lidschatten schminken wir vielleicht noch mit dem Wattepad
24 ab und entsorgen sie im Mülleimer. Doch bei Peelings, Duschgels, Bodylotions
25 oder Deodorants gelangen die Kunststoffe direkt über Dusche und Waschbecken
26 ins Abwasser und so trotz Kläranlagen in unsere Flüsse und Meere. Dort können
27 sie sich in der Nahrungskette anreichern und letztlich sogar auf unserem Teller
28 landen. Festes Plastik ist normalerweise nicht biologisch abbaubar. Einmal in der
29 Meeresumwelt, zerfällt es in immer kleinere Teile, bis das menschliche Auge es
30 nicht mehr sehen kann. Je kleiner, desto problematischer, denn umso mehr
31 Lebewesen können das Mikroplastik potenziell aufnehmen – und es als Beutetier
32 in der Nahrungskette an Fressfeinde weitergeben. Doch auch Kunststoffe in
33 flüssiger, gel- oder wachsartiger Form sind oftmals langlebig und nicht selten
34 umweltschädlich.

35 Der Industrieverband „Cosmetics Europe“ und sogar das Umweltministerium
36 sprechen von einem freiwilligen Ausstieg aus Mikroplastik bis zum Jahr 2020. Die
37 Kosmetikindustrie zielt lediglich auf einen Teilausstieg ab, in dem sich der Begriff
38 Mikroplastik nur auf feste Plastikpartikel in solchen Produkten bezieht, die sofort
39 während der Anwendung wieder abgewaschen werden. Flüssige, gel- oder
40 wachsartige Kunststoffe hingegen sind in der freiwilligen Selbstverpflichtung
41 genauso wenig inbegriffen wie Produkte, die vorerst auf Haut oder Haaren
42 verbleiben und erst später abgewaschen werden.

43 Die bereits bestehenden biologisch abbaubaren Alternativen natürlichen
44 Ursprungs können bereits heute einen Großteil der Kunststoffbestandteile in
45 Kosmetikprodukten ersetzen. Insbesondere die EU und das
46 Bundesumweltministerium sind in der Pflicht.

Organisation innerhalb der Partei

O1: SPD muss aufs Land! Chancen zur Mitwirkung erhöhen!

Zur Weiterleitung an den SPD Landesparteitag RLP

1 Die SPD Rheinland-Pfalz soll ihre Parteiveranstaltungen wie beispielsweise
2 Landesparteiratssitzungen oder Treffen für Neumitglieder ortsmäßig in ganz
3 Rheinland-Pfalz abhalten und nicht in Mainz konzentrieren.

4 **Begründung:**

5 Viele der Veranstaltungen des SPD-Landesverbandes finden in Mainz statt und das
6 in der Woche. Dadurch ist es vielen Mitgliedern, besonders den nicht mobilen
7 Jusos oder den nicht mehr mobilen älteren Parteimitgliedern, nicht möglich, diese
8 Veranstaltungen zu besuchen. Sie haben einfach nicht die Möglichkeit nach Mainz
9 und wieder nach Hause zu kommen, zumal die Fahrtkosten in der Regel selbst
10 getragen werden müssen. Damit schließt man viele Mitglieder von der
11 Mitgestaltung und Mitwirkung im SPD-Landesverband aus. Wir wollen jedoch eine
12 SPD, in der sich jede*r einbringen kann und fordern daher, die Veranstaltungen
13 des Landesverbands nicht nur in Mainz zu konzentrieren.

Sozial- und Gesundheitspolitik

SO1: Organspende – Widerspruchslösung einführen!

Zur Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress

1 Wir fordern, dass jeder Mensch mit Vollendung des 18. Lebensjahres zum_zur
2 Organspender_in wird, sofern er_sie dem nicht vollständig oder in Teilen
3 widerspricht. Alle Personen sollen postalisch auf diesen Automatismus
4 hingewiesen werden. Dem Schreiben beiliegen soll ein frankierter Rückumschlag
5 sowie ein Formular in einfacher Sprache, das den vollständigen oder teilweisen
6 Widerspruch vereinfachen soll.

7 Das Gesetz über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen und
8 Geweben (Transplantationsgesetz - TPG) wird entsprechend in §3 (Entnahme mit
9 Einwilligung des Spenders) geändert. §4 TPG entfällt dementsprechend und §7
10 Absatz 1 und Absatz 2 TPG werden entsprechend angepasst.

11 Die bisherige Regelung für Personen zwischen 14 und 18 Jahren bleibt davon
12 unberührt.

13 **Begründung:**

14 Im Jahr 2015 benötigten 10.211 Menschen in Deutschland ein oder mehrere
15 Spenderorgan(e). Die Zahl der tatsächlich durchgeführten Organspenden lag 2015
16 jedoch nur bei 877; das entspricht 8,59 Prozent. Obgleich der Großteil der
17 benötigten Organspenden im Bereich der Niere liegt, deren Versagen auch
18 mithilfe einer Dialyse kompensiert werden kann, sind Organspenden noch immer
19 für viele erkrankte Menschen die einzige Chance auf langfristige oder dauerhafte
20 Kompensation der spezifischen Erkrankung.

21 Viele Menschen, die keinen Organspendeausweis haben, sprechen sich damit
22 nicht gegen das Spenden ihrer Organe nach dem Tod aus. Trotz verschiedener
23 Aufklärungskampagnen muss der Organspendeausweis online beantragt werden.
24 Auch wenn viele Verwaltungseinrichtungen Organspendeausweise auslegen, so
25 müssen Menschen derzeit noch aktiv werden, um Organspender_in werden zu
26 können. In einer Repräsentativbefragung der Bundeszentrale für gesundheitliche
27 Aufklärung (2016) haben 81 Prozent der Befragten angegeben, einer Organ- und
28 Gewebeentnahme positiv gegenüberzustehen, allerdings hatten nur 32 Prozent
29 der Befragten einen Organspendeausweis. Diese Zahlen zeigen, dass vielen
30 Menschen, die auf eine Organspende angewiesen sind, geholfen werden könnte,
31 wenn die Widerspruchslösung eingeführt würde.

- 32 Eine Widerspruchslösung würde zudem die Angehörigen, die beim Tod eines
33 Menschen häufig entscheiden müssen, ob Organe entnommen werden dürfen
34 (wenn kein Spendeausweis vorliegt), emotional entlasten.

Sozial- und Gesundheitspolitik

SO5: Anreize zum Spenden sammeln schaffen

1 Spenden, die Regionalverbände von Organisationen wie dem ASB oder dem DRK
2 gesammelt werden, sollen nicht mehr über den die jeweilige Bundesorganisation
3 verteilt werden, sondern von den Regionalverbänden direkt einbehalten werden
4 dürfen.

5 **Begründung:**

6 Es ist für diese gemeinnützigen Organisationen ein unheimlich großer Aufwand
7 Aktionen zu fahren mit deren Hilfe Spenden gesammelt werden. Dazu ist die
8 monetäre Motivation der Regionalverbände recht gering, da diese ihre Spenden
9 zunächst an den Bundesverband weiterleiten müssen. Aus diesem Grunde werden
10 potentiellen Spendern angeboten Schein-Mitgliedschaften abzuschließen. Der
11 Unterschied hierzu ist, dass die Beiträge aus den Schein-Mitgliedschaften im
12 Regionalverband einbehalten werden dürfen.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

W3: #Zerolimits ? #BepartofaCRIME – Endgültiges Verbot von Multi-Level-Marketing Geschäftsmodellen

Zur Weiterleitung an den Juso-Bundeskongress, den SPD Landesparteitag RLP

- 1 Wir fordern ein endgültiges Verbot von Multi-Level-Marketing
- 2 Geschäftsmodellen.
- 3 Leider werden oft vor allem junge Menschen in Networkmarketing
- 4 Geschäftsmodelle gezogen, auch durch ihren Wunsch nach Erfolg und "schnellem
- 5 Geld". Dabei ist diesen jungen Menschen weder das enorme unternehmerische
- 6 Risiko noch die anzuzweifelnde Wirksamkeit der zu vertreibenden Produkte
- 7 bewusst.
- 8 Statt dem ersehnten Erfolg sieht die Realität der schneeballähnlichen Systeme oft
- 9 anders aus: Die Einnahmen aus verkauften Produkten und geworbenen
- 10 Neukunden übersteigen oft nicht einmal die Ausgaben für Schulungen, Seminaren,
- 11 Materialien und Fahrtkosten.
- 12 In Wahrheit finden sich die neu angeworbenen "Mitglieder" am Rande der
- 13 Marktsättigung wieder sobald das private Umfeld erst einmal abgearbeitet ist.
- 14 Als Jusos RLP wollen wir junge Menschen vor dieser Art von Täuschung schützen!
- 15 Auch sehen wir es als nicht mit den Werten unserer Partei vereinbar an, dass ein
- 16 offensichtlich ausbeuterisches Geschäftsmodell weiter legal bleibt.
- 17 Vor diesem Hintergrund fordern wir:
181. Ein endgültiges Verbot von Multi-Level-Marketing Geschäftsmodellen die darauf abzielen
- 19 Produkte zu vermarkten. Als Ausnahmeregelung für die Versicherungswirtschaft soll
- 20 Punkt 2 gelten.
212. Eine Ausbildungspflicht für Beratungstätigkeiten in der Versicherungswirtschaft
- 22 Für junge Menschen sollte eine berufsqualifizierende Erstausbildung, egal ob
- 23 theoretisch oder praktisch, den Regelfall darstellen.

Initiativanträge

I1: Öffnung der Ehe

11. Die Zustimmung des Deutschen Bundestags zur Ehe für alle ist ein wichtiger Schritt in
2 Sachen Gleichstellung und Gleichberechtigung gleichgeschlechtlich liebender Menschen
3 in unserer Gesellschaft.
- 4 Wir danken vor allem Malu Dreyer für die Einbringung des Gesetzentwurfs im
5 Bundesrat im Jahr 2015 sowie Martin Schulz für seinen Einsatz für eine
6 Abstimmung noch in dieser Legislaturperiode.
72. Nachdem der Gesetzentwurf nun im Bundestag verabschiedet wurde fordern wir alle
8 Landesregierungen, auch die CDU-geführten Länder auf, in ihrer Landesgesetzgebung auf
9 die Gleichberechtigung und Gleichstellung homo- und bisexueller Menschen hinzuwirken,
10 soweit es in ihrer Gesetzgebungskompetenz steht.
113. Die Öffnung der Ehe ist ein richtiger und besonders wichtiger Schritt in Sachen
12 Gleichstellung. Gleichzeitig ist in Sachen Gleichstellung von LGBTIQ*-Personen noch nicht
13 alles erreicht. Sprechen wir beispielsweise über das Recht auf Blutspende, das Recht von
14 Ausländern, hier heiraten zu dürfen, wenn sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit
15 besitzen und ihre Heimatgesetzgebung eine gleichgeschlechtliche Ehe nicht vorsieht oder
16 andere immer noch währende Diskriminierung im Alltag, so liegt noch ein langer Weg für
17 uns Jusos im Kampf für Gleichberechtigung vor uns.
184. Die Öffnung der Ehe soll nun auch Anlass sein, Alternativen zum Ehemodell zu diskutieren
19 und politisch auf den Weg zu bringen. Denn: Auch mehr als zwei Menschen oder
20 Menschen, die nicht in einer klassischen, festen Partnerschaft leben wollen und sollen
21 Verantwortung füreinander übernehmen. Als Alternative zum Ehemodell ist eine
22 rechtliche Regelung zu schaffen, die alle Formen von Verantwortungsgemeinschaften
23 beinhalten kann. Ein Beispiel für eine solche Regelung ist der „Pacs“ in Frankreich. Wir
24 wollen eine entsprechende Regelung für Deutschland diskutieren und einführen.
- 25 Gemeinsam mit der SPD Rheinland-Pfalz, der SPD im Bund und allen Genossinnen
26 und Genossen vor Ort wollen wir auch für eine endgültige Gleichberechtigung
27 kämpfen!

Initiativanträge

I2: Internationales Verbot und Abzug von Atomwaffen aus Deutschland

1 Die deutsche Bundesregierung muss ihr Verhandlungsboykott aufgeben und ein
2 internationales Atomwaffenverbot unterstützen, wodurch die verbliebenen US-
3 Atomsprengköpfe aus Deutschland abgezogen werden müssen.

4 **Begründung:**

5 Mitte Juni startete die zweite Runde internationaler Verhandlungen über ein
6 weltweites Atomwaffenverbot in New York. Unterstützt von 130 Staaten, bringt
7 ein Großteil der Weltgemeinschaft damit ihren Unmut über die andauernden
8 nuklearen Muskelspiele, der wenigen Atomkräfte, zum Ausdruck.
9 Völkerrechtlich, soll damit die Lücke geschlossen werden, nach der Chemie- und
10 Biowaffen international geächtet, Atomwaffen aber immer noch erlaubt sind. Der
11 Internationale Gerichtshof hat bereits 1996 erklärt, dass nur die bloße Androhung
12 eines Nuklearwaffeneinsatzes, generell völkerrechtswidrig ist. Die offizielle
13 Position der Bundesregierung, laut der man für eine atomwaffenfreie Welt stehe
14 und sich in allen Foren dementsprechend positionieren würde, deckt sich
15 allerdings nicht mit der Wahrheit. Denn stattdessen, bleibt die deutsche Regierung
16 den Verhandlungen, treu zur NATO-Linie, komplett fern, nachdem sie im
17 Dezember 2015 bereits gegen einen Vertragsentwurf zur Ächtung der
18 Massenvernichtungswaffen stimmte. Außerdem toleriert man, im Zuge der
19 nuklearen Teilhabe, stillschweigend, die derzeitig anlaufende, milliardenschwere
20 Modernisierung der ca. 20 verbliebenen Atomsprengköpfe am Standort Büchel in
21 der Eifel, die nun dem direkten Befehl Donald Trumps unterstehen. Das
22 Vernichtungspotential dieser Waffen ist bewiesen und der bloße Besitz ein
23 Rückfall in die Konfrontationslogik des Kalten Krieges. Dementsprechend sollten
24 Deutschland und seine Verbündeten bei diesem Thema mit gutem Beispiel
25 vorangehen und von dem NATO-Standpunkt ablassen, nur die aus ihrer
26 Perspektive als „potentielle Feinde“ eingestuft Staaten müssten
27 atomwaffenfrei sein, während man selbst die ungeheure Gefahr der Waffen als
28 Drohmittel einsetzen dürfe.
29